

SCHWERPUNKT: VERGESELLSCHAFTUNG

Alles für Alle – aber wie?



Foto: Kai Böhne

Eine solidarische Gesellschaft für alle. Diese Forderung bewegt viele Menschen. In Anbetracht von ökologischer Krise und zunehmender Armut, auch in den Zentren der Industriestaaten, hat sich die Debatte rund um das Thema solidarische Gesellschaft auch verbreitert. Dieser Schwerpunkt widmet sich einem dieser Ansätze der solidarischdemokratischen Gesellschaftsstrukturen denkbar macht: Vergesellschaftung.

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN ● »The only good system is a sound system« propagieren die HedonistInnen. Hedonismus kommt aus dem Griechischen und bedeutet »Freude, Vergnügen, Lust, Genuss, sinnliche Begierde«. HedonistInnen wird durchaus vorgeworfen, dass sie nur am Lustgewinn interessiert seien – warum auch nicht? Eine solidarische Gesellschaft soll schließlich keine Verzichtsgesellschaft sein. Leben darf Spaß machen und Lust bereiten. Gesellschaft und Politik sollen an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert sein und ihnen nicht ihre Bedürfnisse abgewöhnen. Vergleicht man die Gesellschaft mit einer Party, spiegelt sich das Regulariensystem auch darin wieder. Wer darf auf welche Party? Wer darf in den ViP –

Bereich? Wer steht an der Tür, um dafür zu sorgen, dass weniger Privilegierte draußen bleiben müssen oder zumindest nicht in ViP – Bereiche kommen? Wer muss die Reste nach der Feier wegräumen?

Unsere gesamte Gesellschaft basiert derzeit auf dem Zugang zu oder Ausschluss von Privilegientypen. Diejenigen, die Erwerbsarbeit haben, sind oft überarbeitet. Andere können keine Arbeit finden oder sind, wie Menschen ohne Papiere, strukturell davon ausgeschlossen. Für immer mehr Menschen gibt es immer weniger zu feiern. Gesellschaftsstrukturen, die in der Lage sind ViP-Bereiche verschwinden zu lassen, müssen erst entwickelt werden.

Vergesellschaftung ist ein solches Konzept. Die ursprüngliche Idee stellt Forderungen für (basis) demokratischen Strukturen in der Wirtschaft auf. Das Konzept entwickelte sich entlang von Kämpfen um städtischen Wohnraum, sowie anhand von Energiekämpfen weiter.

Wie Vergesellschaftung konkreter aussehen kann und welche Theorien ihr zugrunde liegen wird im Artikel auf Seite 11 unter Bezugnahme auf die aktuellen Auseinandersetzungen vorgestellt.

Die derzeit sehr vielfältigen Kämpfe um Wohnraum

und die damit einhergehende Forderung nach Enteignung beschreibt Avanti – Projekt undogmatische Linke auf Seite 12.

Frigga Haug schlägt in ihrem Entwurf einer solidarischen Gesellschaft mit der Vier- in-Einem Perspektive ein anderes Zeitmanagement vor, um auch die Zeit zu haben, zu einer guten Party gehen zu können. Ihr Fokus liegt auf einem veränderten Arbeitsbegriff, dessen Umsetzung kapitalistische und patriarchale Strukturen überwinden könnte. Auf Seite 13 veröffentlichen wir ihr Plädoyer für eine kollektive Kultur der Veränderung.

Da das Thema Vergesellschaftung derzeit noch mehr Fragen aufwirft als es beantworten kann, wird der abschließende Beitrag von Antonia Schui auf Seite 14 einen kritischen Blick auf Leerstellen und mögliche Ausgrenzungen, die auch in Ansätzen der Vergesellschaftung enthalten sein können. »The only good system is a sound system«, so einfach ist es dann doch wieder nicht. Wie wird eine gute Anlage produziert? Unter welchen Bedingungen? Welche Strukturen der Vergesellschaftung brauchen wir, dass wir am Ende alle Grund haben, zusammen zu feiern. Dann bleibt hoffentlich nur noch diese Frage offen: Auf welche Musik habe ich heute Lust? ●

AUS DEM INHALT:

GRIECHENLAND-SOLIDARITÄT

ERT, der von griechischen JournalistInnen besetzte Rundfunk und Fernsehsender und die Zeitung der Redakteure sind auf einer Rundreise durch Deutschland, um über ihre Situation aufzuklären und über die Lage ihrer Projekte zu berichten. Seite 3

LISA-SOLIDARISCH WOHNEN IN WIEN

In Wien gründen sich weitere Wohnprojekte. LiSA ist eines von fünf Projekten. Ein Interview mit den Projektgründern Brigitte Hein und Oliver Auer. Seite 4

BRABBL STATT BRABELN

Im Netz wird viel geplappert. Um Diskussionen übersichtlicher zu machen, haben ein paar Freunde ein Tool entwickelt, um Diskussionen übersichtlicher zu machen. Seite 5

ZEITZEUGEN-APP DER BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT

Die neue Zeitzeugen-App, bringt mit dem Smartphone die Geschichte in die Straßen Berlins. Fünf Touren zu Zwangsarbeit sind kostenlos nutzbar. Seite 5

MIGRANTEN: SOLIDARITÄT UND SELBSTORGANISATION

Auf eigene Faust war der attac-Aktivist Alan Mitcham über Spanien nach Melilla gereist, der spanischen Enklave auf dem marokkanischen Festland, um vor Ort direkt mit Flüchtlingen zu sprechen. Auf einer Veranstaltung im Kölner Allerwelthaus berichtete er über die Reise. Seite 6

GEMÜSEREBELLEN INITIIEREN VERSORGUNGSGEMEINSCHAFT

Das Kartoffelkombinat eG, tritt der Discounterisierung entgegen und gründet eine Versorgungsgemeinschaft in München. Seite 7

KURZFILME VON DEN SOLOTHURNER FILMTAGEN

Die beiden Kurzfilme „die strampelnde Litfasssäule“ und „Übel und Fatalismus“ werden vorgestellt. S. 8

COMMUNITY ORGANIZING

Die revolutionäre US-amerikanische Perspektive des Community Organizing bietet viele Ideen für durchsetzungsstarke Nachbarschaftsorganisationen. S. 9

► www.contraste.org

CÖLBE: WAGNER & CO SOLARTECHNIK

„Fanal“ – Insolvenz bei Selbstverwaltungsunternehmen

Am 23. April hat Wagner & Co Solartechnik GmbH aus Cölbe beim Amtsgericht Marburg Insolvenz beantragt. Damit ist das hessische Solartechnikunternehmen das nächste Opfer der anhaltenden Krise in der deutschen Solarindustrie. Branchenkenner äußern deutliche Kritik an der schwarz-gelben Bundesregierung: Für die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, Eurosolar, ist die Wagner-Insolvenz ein Fanal falscher Energie- und Wirtschaftspolitik.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART ● Obwohl die Insolvenz des hessischen Solarpioniers auch für Branchenbeobachter überraschend war, steht sie dennoch in einer aktuellen Reihe von Krisen-Nachrichten aus der einst so stolzen deutschen Solarbranche. Das letzte Beispiel traf die Region Berlin besonders stark, denn mit der Verlagerung der Produktion von Solon, einem der ehemals größten Solarmodulhersteller Europas, in die Vereinigten Arabischen Emirate, stehen seit Ende April etwa 150 Beschäftigte auf der Straße. Solon wurde

1996 in Berlin als Kollektiv gegründet und hat eine bewegte Geschichte (erst GmbH, später AG und europäische SE) hinter sich. Für die Gewerkschaft IG Metall ist neben dem derzeitigen Management vor allem die Politik für die Krise des Unternehmens verantwortlich. Indem die Bundesregierung die Solarförderung kürzte, habe sie die Rahmenbedingungen für die gesamte Branche verschlechtert.

Wagner & Co wurde bereits 1979 in Cölbe von acht Studenten als Solarpioniere der ersten Stunde gegründet. Anlässlich ihres 25-jährigen Betriebsjubiläums fasste die CONTRASTE (Ausgabe 240) die Ziele eines der größten Unternehmen in Deutschland, das sich zu 100 Prozent in der Hand der MitarbeiterInnen befindet, wie folgt zusammen: »Die Entwicklung alternativer Energien, Selbstverwaltung, angenehmes Arbeiten bei marktwirtschaftlichem Background sowie ein dynamischer Unternehmensaufbau.« Wagner & Co ist Gründungsmitglied des Netz Hessen, dem vormaligen Verband der selbstverwalteten Betriebe, und war CONTRASTE über lange Jahre freundschaftlich verbunden.

Angesichts der Insolvenz von Wagner & Co mahnt die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien, EUROSOLAR e.V., auf bundespolitischer Ebene dringende Korrekturen an der geplanten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an. Denn Wagner & Co hatte in ihrer Presseerklärung zur Einleitung eines Insolvenzverfahrens darauf hingewiesen, dass die positive Fortführungsprognose »durch die Marktentwicklung der letzten Monate und die tiefgreifende Verunsicherung bezüglich der politischen Rahmenbedingungen für die Solarstromerzeugung konterkariert« wurde.

»Die Insolvenz von Wagner Solar ist ein Fanal falscher Energie- und Wirtschaftspolitik«, erklärte dazu Stephan Grüger vom Vorstand der deutschen Sektion von EUROSOLAR. »Durch die massive Ausbremsung der inzwischen kostengünstigen Solarenergie durch die schwarzgelbe Bundesregierung ist die ganze Energiewende in Gefahr geraten«, so Grüger weiter. Laut Wagner & Co seien die Arbeitsplätze bis Ende Juni gesichert. Laut dem vorläufigen Insolvenzverwalter, Jan Markus Plathner, gebe es mit Blick auf die in der Vergangenheit bewiesene Leistungsfähigkeit von Wagner Solar und den treuen KundInnen auch gute Argumente, mit denen potenzielle Geldgeber überzeugt werden können für eine Weiterführung des Unternehmens. ●

Infos:

☎ www.wagner-solar.com
☎ www.eurosolar.de

ANZEIGEN

STILL
ING
BUKO!

BUKO BRAUCHT KOHLE.

Für linke Debatten und
Transnationale Vernetzung

Verein zur Förderung entwicklungs-
pädagogischer Zusammenarbeit e.V.
Darlehensgenossenschaft eG Kiel
BLZ 210 002 37, Konto: 234 389
IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89
BIC bzw. SWIFT GENCOEF1EDG
www.buko-braucht-kohle.de

CONTRASTE-VERANSTALTUNG AUF DER LINKEN MEDIENAKADEMIE

Mit einer Zeitung die Welt verändern, aber wie?

CONTRASTE hat eingeladen zu einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Linken Medien Akademie am 22. März in den Räumen der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Berlin-Adlershof. Gäste waren Angelo Mastrandrea von der italienischen Tageszeitung il manifesto und Olivier Doubre von der französischen Zeitschrift politis. Unter dem Titel: »Mit einer Zeitung die Welt verändern, aber wie?« diskutierten die Gäste mit Maurice Schuhmann von CONTRASTE.

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN ● Die von Maurice formulierten Thesen verbanden unterschiedliche Problematiken, die den meisten linken Zeitungen bekannt sind: Ist der linkspolitische Sprachgebrauch ausschließlich? Ist der Preis, den engagierte BewegungsjournalistInnen bezahlen müssen, die geringe Bezahlung? Ist Bewegungsjournalismus Bewegungs-PR? Reden engagierte JournalistInnen den jeweiligen Bewegungen nur nach dem Mund oder können sie eine kritische Berichterstattung leisten?

Angelo Mastrandrea formulierte seinen Standpunkt sehr deutlich: »Es geht nicht nur darum über soziale Bewegungen zu berichten, sondern selbst soziale Bewegung zu sein.« Er brachte damit einen Bestandteil der Geschichte il manifestos auf den Punkt. Angefangen hatten sie 1969 als Zeitung der italienischen Kommunistischen Partei. Nach dem Ausschluss mehrerer Redakteure, auf Grund ihrer kritischen Berichterstattung zur Sowjetunion, wurde il manifesto eine von der Partei unabhängige Tageszeitung. Sie ist bis heute eng verbunden mit den sozialen Bewegungen Italiens und als Kollektiv organisiert. Angelo Mastrandrea berichtete anhand eines Beispiels von den Spannungen, die es

erzeugte, als die Redakteure von il manifesto entschieden sich nicht unmittelbar an den Protesten gegen den G8 – Gipfel in Genua 2001 zu beteiligen. Ihre Entscheidung brachte ihnen kurze Zeit den Ruf ein gegen die AktivistInnen zu sein. Nach dem Tod Carlo Guilianis, dem Überfall der Polizei auf die Diaz-Schule, gaben die AktivistInnen ihre Berichte über die Geschehnisse dennoch direkt an die Zeitung, weil es hier das Vertrauen in eine gute und unabhängige Berichterstattung gab.

Das linke Wochenjournal politis aus Frankreich hat einen etwas anderen Ansatz und betont grundsätzlich die journalistische Professionalität. Olivier Doubre berichtet dennoch, dass alle zwanzig JournalistInnen, die bei politis arbeiten auch AktivistInnen waren, oder es noch sind. Ihr Motto ist »unabhängig und engagiert«. Es sei enorm wichtig auf eine professionelle Weise zu berichten und nicht nur wiederzugeben, was Soziale Bewegungen sagen oder wollen. Politis steht der CNT und auch der sozialistischen Partei Frankreichs nahe. »Wir haben aber auch unsere Konflikte miteinander« sagt Olivier Doubre.

CONTRASTE als deutlich kleinere Zeitung, als il Manifesto und politis und als vor allem ehrenamtlich organisiertes Projekt unterscheidet sich deutlich von den beiden anderen Zeitungen. Viele Artikel kommen direkt von den Projekten und Bewegungen. Sie berichten über sich selbst. CONTRASTE stellt den Rahmen zur Verfügung. Bewegungsjournalismus basiert, auch bei CONTRASTE oft auf dem Vertrauen, dass die Redakteure und JournalistInnen genießen, wodurch sie zu bestimmten Ereignissen und Geschnissen besser informiert sind, mit PR hat das allerdings nichts zu tun.

Trotz der Unterschiede in Auflage, Bezahlung der Redakteure und konkreter Ausrichtung, verbindet alle drei Zeitungen die Unabhängigkeit, von einer einzigen politischen Gruppe, Partei oder Strömung.

SPENDEN-UND ABOZÄHLER

Aktion 2014

Liebe UnterstützerInnen, in April und Mai gibt es zwei neue AbonnentInnen. Leider gab es auch sechs Kündigungen.

2014 habt ihr bisher insgesamt 1137,50 Euro gespendet. Damit CONTRASTE kostendeckend arbeiten kann fehlen in diesem Jahr nur noch 4318,50 Euro. Vielen Dank Euch allen.

Noch ein wichtiger Hinweis: Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen sehr dazu bei, unser Projekt zu stabili-

lisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) können wir den vollen Beitrag für unser Projekt verbuchen, da die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer wegfällt. Im Förderbeitrag ist der kostenfreie Bezug der CONTRASTE inbegriffen, der Mitgliedsbeitrag kann zudem von der Steuer abgesetzt werden.

Vielen Dank,

Eure CONTRASTE - Redaktion

SPENDENTICKER 2014

☞ Das Zeitungsprojekt benötigt für 2014 noch 4318,50 Euro

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr.:

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg



WRITER'S CORNER

Apropos Selbstorganisation

VON ULI FRANK UND BRIGITTE KRATZWALD ● Monatszeitung für Selbstorganisation lautet der Untertitel der CONTRASTE. Von Beginn an wurde unter diesem Dachbegriff auch über Selbstverwaltung geschrieben. Was unterscheidet eigentlich diese beiden Ideen? In erster Linie dürften es unterschiedliche theoretische Perspektiven sein.

Die Forderung nach »Selbstverwaltung« entspringt einer eher traditionellen Marxlektüre, die sich auf den frühen Marx beruft, und »Ausbeutung« als zentrales Element des Kapitalismus sieht. Ausbeutung hat keine moralische Konnotation, sondern bezeichnet die Tatsache, dass Arbeitskraft mehr Wert schafft, als sie durch den Lohn zurückbekommt. Der Mehrwert wird durch die Kapitalisten angeeignet, wodurch deren Reichtum ständig zunimmt. Die klassische ArbeiterInnenbewegung versuchte diese Ausbeutung durch Lohnerhöhungen oder eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verringern, während das revolutionäre Projekt darin gesehen wurde, die systemische Überlegenheit des Kapitals zu brechen, um den zentralen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufzulösen. Die Selbstverwaltung von Betrieben galt als ein Schritt in diese Richtung: eine Assoziation gleichberechtigter MitarbeiterInnen, entscheidet über die Verwendung und Verteilung des gemeinsam geschaffenen Mehrwerts.

Wesentliche Kategorien, wie Arbeit, Geld, Markt und Ware wurden in diesem Zusammenhang kaum in Frage gestellt, sondern als ahistorisch vorausgesetzt. Selbstverwaltung kritisiert nicht den Wert an sich, sondern nur die Art seiner Entstehung und die falsche Verteilung. Sie ist weitgehend kompatibel mit anderen Reform-Konzepten – und damit auch für Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und der klassischen Linken bündnisfähig.

Selbstorganisation hingegen beruht meist auf neueren Marxinterpretationen, die einen radikaleren Ansatz haben und all diese Kategorien als Funktionskern des Kapitalismus in Frage stellen. Sie kommen aus der sogenannten Wertkritik, vor allem von der Gruppe Krisis und der Arbeitskritik, z.B. von Moishe Postone. Es geht darum, sich dem gesamten kapitalistischen Herrschaftssystem zu widersetzen, den Menschen wird die Fähigkeit zugetraut, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Noch aktuellere Analysen richten die Kritik auch gegen den Staat als Garanten der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses. Selbstorganisation umfasst in dieser Sichtweise viel mehr als nur die Frage der Produktion, sie erstreckt sich auch auf die Kritik staatlicher Institutionen und eines Rechtssystems, das den Schutz des Privateigentums ins Zentrum stellt. Selbstorganisation ist aus dieser Sicht immer auch politische Selbstorganisation, die andere Formen von gesellschaftlicher Mitbestimmung und Mitgestaltung entwickelt. Und sie wendet sich auch gegen jede Form der Institutionalisierung des Protests durch Parteien oder Gewerkschaften. Auch Widerstandsbewegungen organisieren sich selbst und werden dadurch flexibler, vielfältiger und schwerer fassbar. Zibechi etwa spricht nicht mehr von sozialen Bewegungen, sondern von »Gesellschaften in Bewegung«, wo Praktiken der Selbstorganisation alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen. Die Gleichzeitigkeit von Widerstand und Aufbau von Alternativen ist ein wesentliches Merkmal moderner Selbstorganisationskonzepte, wie sie etwa John Holloway oder Raul Zibechi vertreten. ●

Change of Address !

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.

NEU:

Änderungen bitte an: abos@contraste.org senden.

SCHNUPPERABO

3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Online-Bestellung unter:

www.contraste.org

oder einfach das Geld, in Form von Briefmarken oder einem Schein, mit Anschrift und Stichwort »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Lieferungen ins europäische Ausland kosten 10 Euro. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus.

SPENDEN FÜR CONTRASTE

Contraste e.V.

Kontonummer: 515 124 05

BLZ 508 900 00

Volksbank Darmstadt eG

IBAN DE02508900000051512405

BIC GENODEFIVBD

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

BEYOND ADDIS

Comtemporary Jazz & Funk inspired by Ethiopian Sounds from the 70s

Jazz ist eine vielschichtige Musikrichtung, die sich in den letzten Jahrzehnten stilistisch sehr ausdifferenziert hat. Eine jener Ausrichtungen ist der sogenannte Ethno-Jazz, eine Form von Crossover zwischen Jazz und aus anderen Musikkulturen stammenden Elementen. So entwickelte sich beispielsweise in Äthiopien – ausgerechnet bei Polizei- und Militärkapellen – eine äthiopische Variante des Jazz. Hier treffen westliche Musikarrangements auf Elemente der äthiopischen Volksmusik, die ohnehin einige Gemeinsamkeiten aufweisen, und gehen eine einzigartige Symbiose ein. Der Jazz erhält darüber eine orientalische, häufig schwermütig wirkende Komponente. Sie wurde wie der Musikjournalist Jonathan Fischer in einer Rezension für die Zeit schrieb dem westlichen Publikum durch den Soundtrack zu Jim Jarmuschs Film BROCKEN FLOWERS bekannt.

In Hommage an diese Zeit wurde der Sampler auch Beyond ADDIS genannt (Addis für Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba). Auch wenn die Hochzeit des äthiopischen Jazz Ende der 1960er / Beginn der 1970er Jahre nur wenige Jahre andauerte und durch einen kommunistischen Putsch ein jähes Ende seiner Entwicklung wiederfuhr, hat dieser Stil einen Einfluss auf neuere Bands aus dem Ethno-Jazz-Sektor, wie die vorliegende Compilation zeigt. Bereits Jazz-Legende Duke Ellington soll Anfang der 70er Jahre die Nähe der beiden Stilrichtungen erkannt haben.

Die auf der Compilation vertretenen Bands stammen aus Europas Hauptstädten (Paris, London, Berlin), Australien und den USA. Ihre Variationen der musikalischen Versatzstücke sind breit gefächert. So verbindet die amerikanische Instrumentalband BUDOS BAND den äthiopischen Sound mit Elementen von Psychedelic-Rock und Doom-Metal, während das aus Genf stammende IMPERIAL TIGER ORCHESTRA eher ruhige, rein »westlich« wirkende Töne anschlägt.

Die Mischung stimmt aber – und es ist ein klasse, internationales Ethno-Jazz-Album herausgekommen. ● DJ Chaoz



Label: Trikont | Vertrieb: Indigo

ARBEITSKÄMPFE UM SELBSTVERWALTUNG IN GRIECHENLAND

Die Faust zum Gruß

Der erste Mai – Kampftag der Arbeiterbewegung – oder heute in Deutschland oft nur noch Tag der Arbeit genannt. Zu diesem Anlass reisten Delegierte aus griechischen Projekten nach Deutschland, um über ihre Kämpfe und die Situation in Griechenland zu berichten. Dabei sind unter anderem ehemalige MitarbeiterInnen des staatlichen Rundfunk- und Fernsehsenders Elliniki Radiofonia Tileorasi (ERT), die neu gegründete Genossenschaft H Efimerida ton Syntakton (Zeitung der Redakteure) und Arbeiter der besetzten Baustofffirma »Viomichaniki Metallevtiki« (vio.me).

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN ● Der staatliche Rundfunk- und Fernsehsender ERT wurde Juni 2013 durch Entscheidung des griechischen Ministerpräsidenten Samaras geschlossen, 2700 Angestellte wurden arbeitslos. Bereits im Juli 2011 verfügte die Verlagsleitung der größten linksliberalen Zeitung »Eleftherotypia« einen Zahlungsstopp aller Angestelltegehälter. Die Arbeiter von vio.me saßen auch 2011 plötzlich ohne Arbeitgeber und Lohn da. Ihre Arbeitgeber waren auf Grund der Insolvenz der gesamten Firma untergetaucht. Zurück geblieben sind die Menschen. Sie kämpfen nicht nur um ihre Arbeitsplätze, sondern um die Hoffnung auf ein gutes Leben. Die Erkenntnis, die sie im Zuge der Krise für sich gewonnen haben, bringt Dimitris Koutamatsioulis von vio.me auf den Punkt: »Wir müssen selber kämpfen, wenn wir Siege erringen wollen.« Genau das taten sie.

Die Redakteure von ERT besetzten die Sender und senden immer noch. Die ehemaligen MitarbeiterInnen der linksliberalen Zeitung »Eleftherotypia« gründeten eine Genossenschaft und somit ihre eigene Zeitung, die »Zeitung der Redakteure«. Die Arbeiter von vio.me besetzten ihre Fabrik und begannen den Kampf um eine staatliche Anerkennung ihres Betriebes als selbstverwalteten Betrieb.

GRIECHENLAND

Die Solidarität, die die Europäische Union ihnen angeheißt, scheint eher die Unterstützung der griechischen Elite zu sein, denn eine tatsächliche Hilfe für die griechische Bevölkerung. Der griechische Staatsbesitz wird nach dem Willen der Europäischen Union ausverkauft. Die Berliner Griechenland-Solidaritätsgruppe fasst auf ihrer Internetseite one-struggle.net, in der Ankündigung zur Presskonferenz mit verschiedenen griechischen Projekten recht prägnant zusammen, wie die Lage ist: »In Griechenland geht es mit der Wirtschaft angeblich wieder ein wenig Berg auf, doch die Menschen merken nichts davon. 30 bis 40 Prozent der Griechen sind inzwischen ohne Krankenversicherung, 28 Prozent nach offizieller Zählung arbeitslos. Flächen-



▲ Dimitris Koutamatsioulis-Arbeiter von vio.me.

aki auf spiegel-online veröffentlicht wurden, hatte ERT ein eigenständiges Budget von 290 Millionen Euro, das durch eine Haushaltsabgabe finanziert wurde, 200 Millionen Euro hat ERT nur ausgegeben – eine Gefahr, die Staatsfinanzen zu belasten, hätte damit nicht bestanden. Nicholas Tsimpidas, Radiosprecher bei ERT, sagt: »Ich weiß nicht, was schlimmer ist, dass wir zugelassen haben, dass unsere Regierung so etwas macht, oder dass wir uns der Illusion hingeeben haben, dass so etwas in Europa nicht passieren kann.« Er bezieht sich damit auf die Schließung von ERT und die Durchsetzung mit Hilfe der Polizei, trotz massiver Proteste.

ELLINIKI RADIOFONIA TILEORASI (ERT)

Für die MitarbeiterInnen von ERT ist die Situation aktuell am schwierigsten. Seit August halten sie eine Reihe von Sendestationen besetzt. Machi Nicolara erzählt: »Im August wurde der Sender endgültig geschlossen, wir haben jetzt April und wir sind immer noch da. Es kann aber nicht ewig so weiter gehen.« Sie erhalten alle keinen Lohn. Ihren eigenen Angaben zufolge zahlt die Regierung die Abfindungen nicht. Sie leben derzeit vom Arbeitslosengeld, von Solidaritätsfonds und

keine Erfahrung mit selbstverwalteten Strukturen, so wie es auch bei den Arbeitern von vio.me war. Jetzt will Nicolas Tsimpidas sie auf gar keinen Fall mehr missen. »Wir haben jetzt einen engen Kontakt zu unserem Publikum, weil wir über Themen berichten, über die sonst niemand berichtet. Unser Publikum weiß, dass wir uns geändert haben, dass wir Nachrichten nicht manipulieren.«

Wie viele ZuhörerInnen und ZuschauerInnen sie täglich haben wissen sie nicht. Nur über ihre Internetseite können sie Angaben machen. Es sind 500 000 Aufrufe pro Tag. Ihr Ziel ist die Wiederzulassung von ERT, aber nicht in der Form des alten Senders, sondern mit der neuen Struktur der Selbstverwaltung.

H EFIMERIDA TON SYNTAKTON – DIE ZEITUNG DER REDAKTEURE

Bei der neu gegründeten Genossenschaft der »Zeitung der Redakteure« kann aktuell immerhin allen Beschäftigten 800 Euro im Monat ausgezahlt werden. Ihr nächstes Ziel ist eine kontinuierliche Auflage von täglich 10 000 verkauften Exemplaren und bei der Wochenausgabe 15 000. Diese Auflagen können sie nicht immer erreichen. »Die Menschen sind so arm, dass sie sich oft nicht die 1,30 Euro für die Zeitung leisten können.« erklärt die Redakteurin Aphrodite Tziantzi. Hinzu kommt, dass gerade die jüngere Leserschaft eher die online-Ausgabe nutzt, die ab 19.00 Uhr kostenlos ins Netz gestellt wird. Was jetzt ganz gut aussieht, war es zu Beginn nicht, die Verlegerin der »Eleftherotypia«, Mania Tegopoulou, hatte Ende des Jahres 2011 Insolvenz angemeldet. In einem Interview mit der jungle world berichtet der Chefredakteur der Zeitung der Redakteure, Stamatis Nikolopoulos, dass »die Besitzerin die Anwendung von Artikel 99 des Konkursgesetzes verlangt hat.« Die Interviewerin Chrissi Wilkens erläutert in einer Anmerkung das Gesetz: »Lohnabhängige gelten dann als Gläubiger des Unternehmers, dieser muss ihnen so den geschuldeten Lohn nicht zahlen.« Für die Redakteure war nicht zu erwarten, noch einen Pfennig von ihrer ehemaligen Arbeitgeberin zu bekommen. Sie gründeten eine Genossenschaft. Alle, die sich an der Zeitung der Redakteure beteiligen wollten, mussten 1000 Euro aufbringen und zwei weitere Monate auf einen Lohn verzichten. Ob sie sich als Zeitung etablieren könnten war ungewiss.

VIOMICHANIKI METALLEVTIKI - VIO.ME

Gleiches gilt für vio.me. Auch hier kämpfen die Arbeiter seit 2011 um ihre Arbeitsplätze. Doch auch sie wollen keinen neuen Investor und haben sich für die Struktur der Selbstverwaltung entschieden. Seit 2011 werden alle betrieblichen Entscheidungen durch die Vollversammlung getroffen, alle in der Fabrik verdienen das Gleiche. Parallel zum Kampf um die Legalität ihres Betriebes, bauten sie sich vielfältige Solidaritätsstrukturen auf und entwickelten eigene Produkte. Jetzt stellen sie keine Baustoffe mehr her, sondern biologisch abbaubare Reinigungsmittel. Um die Zeit ohne Löhne überstehen



▲ Aphrodite Tziantzi von der Zeitung der Redakteure.

zu können, arbeiteten nur die in der Fabrik, die anderswo keinen Job fanden. Außerdem konnten sie im Zuge der Solidaritätswelle auf Spenden zurück greifen. Trotz ihres legalen Status ist für sie der Kampf nicht beendet. Geht es nach den Arbeitern von vio.me muss es viele von ihnen geben. Dafür reisten sie durch ganz Europa, um von ihrer Situation zu berichten und Gleichgesinnte zu finden. »Wir müssen vom Ego zum Wir kommen«, sagt Dimitris Koutamatsioulis und betont darüber hinaus: »Wir wollen keine Kapitalisten sein, wir wollen ohne Druck und ohne Chefs leben, Vertrauen zu den Menschen haben können und nicht in Konkurrenz zu ihnen stehen.«

Was alle drei Projekte verbindet, ist die Selbstverwaltung. keine Chefs mehr, die um den Lohn betrügen, keine Chefs mehr, die vorschreiben über was berichtet werden darf und was nicht. Keine Chefs mehr, die nur an sich selbst interessiert sind. Der Kampf aller Projekte ist nicht der um ein besseres Gehalt, sondern darum überhaupt finanzielle Mittel zu erwirtschaften. Ihr Kampf ist notwendig geworden durch eine völlig verfehlte Politik, die zum Umdenken nicht in der Lage ist. Die Auswirkungen des neoliberalen Europas sind deutlich. Vio.me und die Zeitung der Redakteure hatten eine Grundlage, auf die sie bauen konnten. Ihr eigenes kollektives Handeln hat sie vor einem völligen Absturz in die Armut bewahrt, es ist nun genau diese Erfahrung, die sie weiter geben wollen. Die ehemaligen Beschäftigten von ERT haben diese Grundlage auch, ob sie es schaffen, ihren Sender zurück zu erobern, bleibt vorerst offen. Machi Nicolara von ERT sagt: »Wir werden von unserer eigenen Entschlossenheit überrascht, wir versuchen Zuschüsse zu bekommen, um ERT neu entstehen zu lassen.« ●

Weitere Informationen unter:

☞ <http://one-struggle.site36.net>



▲ Machi Nicolara und Nicolas Tsimpidas von ERT beim Pressegespräch in Berlin.

Foto: Ulrike Kumpe

tarifverträge wurden verboten, Arbeiter und Angestellte haben meist nur noch individuelle Verträge. Löhne und Gehälter wurden um 30 bis 40 Prozent gekürzt, zum Teil sogar halbiert, und oft erst mit einigen Monaten Verspätung ausgezahlt. Wird gegen diese Zumutungen gestreikt, greift die Regierung inzwischen öfter auf Notstandsgesetze zurück.« Nicolas Tsimpidas von ERT sagt: »Der schwerste Kampf, den wir auszufechten haben, ist der Kampf um die Hoffnung.«

Verarmung und Entdemokratisierung sind die Folgen der Krisenpolitik der Troika. Die griechische Regierung regiert vor allem auf der Basis von Dekreten, es entscheiden zwei Minister, nicht das Parlament. Durch ein solches Dekret wurde auch der öffentliche Fernseh- und Radiosender ERT geschlossen. Berücksichtigt man die Zahlen, die von Xenia Kounal-

individueller Unterstützung. Eine Reihe von KollegInnen, die bei anderen Sendern arbeiten, verzichten auf Teile ihrer Gehälter, um sie zu unterstützen. Es gibt auch Lebensmittelspenden für die ehemaligen MitarbeiterInnen von ERT, denn es fehlt an allem. »Manche unserer Kollegen haben nicht einmal Strom zu Hause« sagt Nicholas Tsimpidas. Von den ursprünglich 2700 Angestellten befinden sich immer noch 700 im Streik. Sie halten weiterhin achtzehn Gebäude besetzt. Ihre selbst gewählte Struktur ist die Selbstverwaltung. Es gibt keine Chefredakteure mehr bei ERT, sondern Gruppen, die zusammen beraten, welche Nachrichten gesendet werden, sowie einige Koordinationsgruppen. »Selbstverwaltung ist so schwierig, wie es schön ist. Man braucht Verrücktheit, einen kühlen Kopf und Beharrlichkeit.« sagt Nicolas Tsimpidas. Sie alle hatten vorher

Hausprojekt sucht MitbewohnerInnen

Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz, hat für CONTRASTE Oliver Auer und Brigitte Hein vom Projekt LiSA zu ihren bisherigen Erfahrungen mit ihrer Baugruppe und zu ihren Plänen interviewt.

Wie läuft die Abstimmung zwischen den Baugruppen, welche Herausforderungen gibt es dabei?

Oliver: Die eigentliche Baugrundaufteilung fand bereits im Rahmen der Ausschreibung statt, es wurde aber später nachjustiert. B.R.O.T. und LiSA gaben Pegasus und Seestern etwas Grund ab, damit diese Projekte sinnvoll verwirklicht werden können. In der Mitte des Baufeldes ist ein Gemeinschaftsraum eingepflanzt, der allen BewohnerInnen zur Verfügung stehen soll und für den es eine Kooperationsvereinbarung gibt. Wie die Verantwortlichkeiten aufgeteilt werden, wird gerade ausgehandelt, es gibt dafür eine baugruppenübergreifende AG. Auch rechtliche Aspekte, wie Haftungsfragen, spielen eine Rolle. Die unterschiedlichen Rechtsformen der Baugruppen stellen dabei eine Hürde da, die es noch zu überwinden gilt.

Die fünf Projekte haben unterschiedliche Schwerpunkte. Können ihr beschreiben, was LiSA auszeichnet?

Brigitte: LiSA zeichnet aus, dass wir kein Privateigentum schaffen. Wir möchten die Möglichkeit bieten, zu qualitativ hochwertigem, leistbarem Wohnraum zu kommen. Dabei sind wir offen für alle Menschen, das heißt Diversität in Bezug auf Alter, Familienstand, Schulbildung, Religion, Herkunft, Ethnien und weitere. Unterschiede sehen wir als Bereicherung an. Bisher ist es gut gelungen, dass wir verschiedene Generationen und somit auch eine große Bandbreite bezüglich Alter und Familienstand haben. Schwierig ist es, BewohnerInnen mit unterschiedlicher Herkunft und auch Religion für unser Projekt zu begeistern. Ich vermute, dass hier das Konzept von Baugruppen oft unbekannt ist.

Oliver: Ich bin der Meinung, wir sollten das nüchtern betrachten und den Umstand annehmen, dass die Idee, über den Tellerrand ortsüblicher Lebensformen hinaus zu schauen, in der gebildeten Mittelschicht derzeit den breitesten Anklang findet. Wir bemühen uns zwar, grundsätzlich alle anzusprechen und niemanden von vorn herein auszuschließen, die nach den Infoabenden bleiben, sind dann aber trotzdem zumeist Menschen, denen Diskurskultur, Entscheidungsfindung im Rahmen basisdemokratischer Prozesse und der Mut quer zu denken nicht ganz neu sind.

Robert Temel hat uns in seiner Studie zu den Asperner Baugruppen als »Die Solidarischen« klassifiziert. Ich denke, das trifft es ganz gut. LiSA wird beispielsweise einen Solidarfond einrichten, in den jede Partei monatlich im Rahmen der Mietzahlungen einlegt. Die Höhe der Beiträge wird von der Größe der Wohnung bestimmt. Sollte jemand in eine unvorhergesehene Notlage kommen, kann dieser Topf als Hilfestellung herangezogen werden.



▲ Vollversammlung mit Robert Korab von raum und kommunikation

Ökologisches Verantwortungsbewusstsein und Ressourcenschonung sind für uns zwar grundsätzlich auch wichtig. Wir merken hier allerdings, dass die finanziellen Möglichkeiten für uns einen begrenzenden Faktor darstellen und wir gerne noch umweltverträglicher bauen würden, als uns das tatsächlich möglich ist.

Welche Rechtsform soll euer Projekt haben, wem gehören die Wohnungen, welche Räume sollen gemeinsam genutzt werden?

Brigitte: Wir sind ein Verein, dem die Wohnungen inklusive Grundstück gehören. Die Bewohner haben ein Wohnrecht. Es gibt eine große Anzahl an Gemeinschaftsräumen, die einerseits von uns, zum Teil aber auch von Bewohnern der anderen Baugruppen benutzt werden können. Das Nutzungskonzept dazu ist in Arbeit.

Oliver: Jede Partei im Haus steuert einen Teil an Eigenmitteln bei, der anteilig zur Wohnungsgröße



▲ Rendering des LiSA-Wohnheims vom Architekten Wimmer & Partner.

► LiSA beim Gemeinschaftswochenende im März 2014.

Fotos: LiSA

berechnet wird. Je höher dieser Anteil ist, desto niedriger werden die monatlichen Zahlungen für die BewohnerInnen der jeweiligen Wohnung. Wenn die Belastungen der Wohnung abbezahlt sind, sind nur noch die Betriebskosten und der Solidarbeitrag zu bezahlen. Die Gewerbeflächen im Erdgeschoss werden »normal« vermietet. Wobei es uns hier ein Anliegen ist, Gewerbetreibende auszusuchen, die zum Projekt passen. Neben dem gemeinsamen Freiraum im Hof, wird es eine große Gemeinschaftsküche mit anschließender Dachterrasse, einen Proberaum, eine Werkstatt, einen Veranstaltungsraum, einen Saunabereich, eine Waschküche, eine Bibliothek, ein Foyer mit Verweilmöglichkeit, ein Solitärgebäude mit Indoorspielplatz und großzügige Fahrradabstellräume geben. Ein besonderer Aspekt ist der Zugang zu den Wohneinheiten über Laubengänge, die ohne bauliche Abgrenzung in die Außenbereiche der einzelnen Wohnungen übergehen, was zusätzliche Begegnungen der BewohnerInnen bewirkt.

Eine Foodcoop mitsamt benötigtem Lagerraum wurde zwar noch nicht beschlossen, ich bin aber optimistisch, dass wir das umsetzen. Andere Ideen, wie ein Tauschkreis, Car-sharing oder urban gardening, stehen auch im Raum, derzeit hat aber der Bau Priorität und diese nichtbaulichen Strukturen müssen warten, bis wir Luft dafür haben.

Wie organisiert ihr euch?

Brigitte: Wir organisieren uns in verschiedenen Arbeitsgruppen beispielsweise der Arbeitsgruppe (AG) Finanzen & Recht, der AG Marketing oder der AG Architektur. Wünschenswert ist, dass jedes Mitglied sich in (mindestens) einer AG einbringt, je nach Fähigkeit und Interessen. Es gibt in fast allen Arbeitsgruppen eine/n SprecherIn, die/der die Koordination und das Plenum einerseits auf dem Laufenden hält, andererseits Anträge bzw. Entscheidungen einbringt und vorstellt. Wir versuchen, die Anzahl der Plena zu verringern oder Entscheidungsprozesse zu verbessern, denn einige BewohnerInnen arbeiten schon sehr lange und intensiv in einer oder mehreren AGs, sodass sich hier langsam Ermüdungserscheinungen breit machen und es Einzelpersonen zu entlasten gilt.

Zur Koordination der Agenda haben wir eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die sich aus je einem Mitglied jeder Arbeitsgruppe zusammensetzt. Angestrebt werden Konsentscheidungen, das heißt, Entscheidungen ohne schwerwiegende Einwände. Wichtige Entscheidungen trifft die LiSA-Vollversammlung. Wir sind gerade in der Planungs- und Startphase für den Bau unseres Wohnheims, daher gibt es eine solche alle zwei Wochen.

Oliver: Als ich der Gruppe zum Jahreswechsel beigetreten bin, war die Soziokratie noch das zentrale Entscheidungstool. Es kristallisierte sich allerdings heraus, dass wir uns einfach jene Elemente aus dem Tool herausuchen, die uns für unsere spezielle Situation brauchbar erscheinen. Damit haben wir zwar immer wieder ein »soziokratisches Auge« auf Problemstellungen, als wahre SoziokratInnen würde ich uns aber nicht bezeichnen. Ich sehe uns eher als BasisdemokratInnen, die ihre optimale Organisationsstruktur noch nicht ganz gefunden haben. Eine eigene Arbeitsgruppe fehlt aber gerade an der Optimierung. Für absolute Pattstellungen haben wir in den Vereinsstatuten eine Mehrheitsentscheidungsmöglichkeit vorgesehen, von der wir aber noch nie Gebrauch machen mussten.

In Sachen Kommunikation hat unsere EDV-AG eine online-Plattform entwickelt, die genau unseren Bedürfnissen entspricht. Sie ist übersichtlich, einfach



in der Handhabung, ermöglicht absolute Transparenz und dämmt die E-Mail-Flut ein, die die persönliche Aufnahmefähigkeit strapazierte.

Euer Projekt wurde von der Sargfabrik eingereicht. Wie ist derzeit der Kontakt zur Sargfabrik? Gibt es Unterstützung von dort?

Brigitte: Der Kontakt zur Sargfabrik ist sehr gut. Sie unterstützt uns besonders bei der Gewinnung von neuen BewohnerInnen. Wir halten etwa einen Teil unserer InteressentInnenetreffen dort ab und dürfen auf eine erfahrene Moderatorin aus der Sargfabrik zurückgreifen. Außerdem unterstützt sie uns bei der Organisation und Ausrichtung unserer Gemeinschaftswochenenden.

Wir nehmen auch Dinge auf, die in der Sargfabrik nicht gut gelöst wurden. Wir haben uns das Finanzmodell der Sargfabrik angeschaut und hier diverse Modifikationen für BewohnerInnen und für den Verein eingebaut.

Wo steht ihr im Moment? Wann soll der Bau beginnen? Sucht ihr noch Menschen, die mitmachen wollen? Was sollten die mitbringen?

Brigitte: Wir stehen kurz vor dem Spatenstich. Wir suchen noch BewohnerInnen, die mit uns unser Wohnheim und unsere Community aufbauen und entwickeln möchten. Mitbringen muss man eine Mindestsumme an Eigenmitteln und sonst sich selbst.

Oliver: Ich denke, wenn man sich dazu entschließt, LiSA beizutreten, sollte man sich schon bewusst dafür entscheiden, nicht nur eine Wohnung in der Seestadt zu beziehen, sondern an einer Hausgemeinschaft teilzunehmen.

Die aufzubringenden Eigenmittel stellen leider für viele InteressentInnen eine Hürde da. Es ist uns ein großes Anliegen, diese Hürde zumindest für ein paar Personen irgendwie zu überwinden. Hier arbeiten wir an Lösungen.

Warum habt ihr persönlich diese Wohnform gewählt? Welche Erfahrungen habt ihr seit eurem Einstieg in dieses Projekt gemacht?

Brigitte: Ich suche nach Alternativen im täglichen Leben, Menschen die bewusst mit unseren Ressourcen umgehen, mit denen man auch kleine Dinge in unserem heutigen Konsumsystem ändern kann, wie den Aufbau von foodcoops, Tauschläden usw. Ich kann mir vorstellen, dass das bei LiSA sehr gut gelingen könnte. Es gibt hier viele Menschen mit ähnlichen Bedürfnissen, und vor allem kann man sich gegenseitig Impulse geben.

Oliver: Für mich war das Eintreten in die Baugruppe ein gesellschaftskritischer Akt, der eigentlich eine logische Folge der Geschehnisse der letzten Jahre darstellt. Ich habe mich in der Vergangenheit immer

wieder mit alternativen Gesellschaftsstrukturen auseinandergesetzt und in einzelne Projekte hinein geschnuppert. Man muss sich daran gewöhnen, dass basisdemokratische Prozesse Zeit brauchen und man selbst die dementsprechende Geduld. Auf der anderen Seite fasziniert es mich, wie schnell manche Prozesse nach der Entscheidungsfindung ihren weiteren Lauf nehmen. Man lernt auch vieles über sich selbst, wenn man seinen Lebensmittelpunkt in ein solches Projekt verlegt. Direkte soziale Prozesse gewinnen stark an Bedeutung. Das »Ich« wird wieder mehr zum »Wir«.

Info Seestadt Aspern

Auf 240 ha entsteht im Nordosten Wiens auf einem ehemaligen Flugfeld ein vollkommen neuer Stadtteil, in dem 20.000 Menschen wohnen und ebenso viele Arbeitsplätze finden sollen. Was dieses Stadtentwicklungsgebiet von anderen unterscheidet: für fünf Baugruppen wurde ein gemeinsames Grundstück zur autonomen Gestaltung eingepflanzt. Unmittelbar angrenzend errichtet die Baugruppe Que[e]rbau ein Haus, das speziell an die Bedürfnisse queerer Lebensentwürfe und alternativer Familienformen angepasst ist.

Das Projekt LiSA wurde von der »Sargfabrik« eingereicht, die 1996 als erstes Wohnprojekt Wiens fertiggestellt wurde. Grundeigentümer, Bauherr, Betreiber der Wohnanlage und Vermieter der Wohnungen in der Sargfabrik ist der Verein für integrative Lebensgestaltung. Die Vereinsmitglieder sind die NutzerInnen der Wohnungen, ihre Rechte und Pflichten sind in einem internen Vertrag geregelt, ähnlich einer Genossenschaft. Bei Auszug fällt die Wohnung an den Verein zurück. Juristisch definiert sich die Sargfabrik als »Wohnheim«, was es in Wien Wohnprojekten, die kein Privateigentum schaffen wollen, ermöglicht, Wohnbauförderungen in Anspruch zu nehmen. In der Sargfabrik leben in 112 Wohneinheiten etwa 150 Erwachsene sowie 60 Kinder und Jugendliche. Im Jahr 2000 wurde ein zweites Wohnprojekt nach diesem Modell in unmittelbarer Nähe errichtet, nun soll mit LiSA ein weiteres Projekt entstehen.

Informationsveranstaltung für Menschen, die Interesse an LiSA haben:

Sonntag, 15.06.2014 von 09:45 bis 13:00 im Seminarraum der Sargfabrik, Goldschlaggasse 169, 1140 Wien. Neben einer Vorstellung des Projekts und der Möglichkeit einige BewohnerInnen kennenzulernen, kann man/frau auch Einblick in das Leben eines bereits bestehenden Wohnprojektes gewinnen. Wir bitten wir um Anmeldung unter wohnen@lisa.co.at.

Links:

- ☞ <http://www.aspern-baugruppen.at/>
- ☞ <http://www.lisa.co.at/>
- ☞ <http://www.sargfabrik.at>

EINE GENOSSENSCHAFT AUS BERLIN WILL ONLINE-DISKUSSIONEN BESSER STRUKTURIEREN

Brabbl statt brabbeln

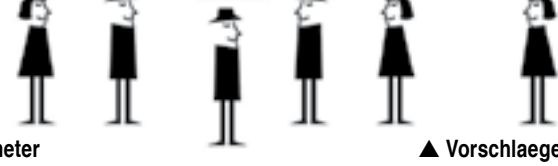
Im Netz wird viel geplappert. Um zumindest Diskussionen übersichtlicher zu machen, haben ein paar Freunde ein Tool entwickelt, mit dem Argumente nach Wichtigkeit, Brisanz oder Aktualität sortiert werden können: brabbl. Sie hoffen, dass sich damit mehr Menschen mit Spaß über gesellschaftlich relevante Themen austauschen. Um Mitbestimmung nicht nur zu predigen, sondern selbst zu praktizieren, ist brabbl kein normales Unternehmen, sondern eine Genossenschaft. Mitglieder werden jetzt per Crowdfunding gesucht.



Fotos: brabbl



Barometer



Vorschläge

VON HANNA REITER, BERLIN • Samad Berdjas, Jan Philipp und Carsten Cielobatzki stehen mit einer Flipchart am Eingang zum Tempelhofer Feld in Berlin, dort, wo früher ein Flughafen war. Der Berliner Senat will das Grundstück zum Teil bebauen – Wohnungen sollen hier entstehen und eine Bibliothek. Eine Bürgerinitiative kämpft hingegen dafür, dass das Feld das bleibt, was es heute ist: ein riesiger Park mit Kleingärten, Hochsitzen, Slalom-Parcour für Skater, Elektroparties am Wochenende und vor allem viel Platz, ohne dass die Juggler mit ihren gefährlich aussehenden Ketten und Schlägern den spielenden Kindern in die Quere kommen. Mit einer Unterschriftenaktion hat die Initiative es erreicht, dass die Frage über die Bebauung am 25. Mai parallel zur Europawahl in einem Volksentscheid zur Abstimmung stehen wird.

»Das Tempelhofer Flugfeld sollte zu 100 Prozent unbebaut bleiben. Meinen Sie das auch?«, fragt Samad einen Mann, der gerade in den Park einbiegen möchte. Mit der Frage ist auch das Meinungsbarometer auf der Flipchart überschrieben. Es reicht von »Nein, nur über meine Leiche«, bis zu »Ja, ich bin voll dafür«. Dorthin klebt der Mann seinen blauen Punkt, den Samad ihm gegeben hat und wo bereits die meisten anderen Punkte kleben. Unter dem Meinungsbarometer stehen Argumente für und wider die Bebauung, die Parkbesucher aufgeschrieben haben. Das brabbl-Tool im Offline-Einsatz.

Es ist später Sonntagnachmittag, Samad, Jan und Carsten klappen die Flipchart wieder zusammen, für heute ist es genug. Bevor sie gehen, zeigen sie das

eindeutige Ergebnis den Unterschriftensammlern von der Bürgerinitiative, die am Eingang zum Tempelhofer Feld einen Stand aufgebaut haben.

Im Internet kann weiter diskutiert werden: brabbl ist eigentlich ein Online-Tool, das die drei zusammen mit ein paar Freunden entwickelt haben. Der Arbeitstitel lautete anfangs noch »discuss it«, denn genau das soll das Tool: Diskussionen im Web ermöglichen. Weil ihnen der alte Name zu akademisch klang, heißt die Anwendung jetzt »brabbl« – ein bisschen selbstironisch, denn genau das wollen sie nicht: brabbeln. Diskussionen sollen strukturiert und übersichtlich ablaufen, doppelte Aussagen vermieden und Argumente nach Wichtigkeit, Brisanz oder Aktualität sortiert werden. Die Gründer wollen so mehr Spaß an der Diskussion im Internet schaffen und eine Alternative zum Frust bieten, den die Debatten in Foren, Blogs und Kommentarspalten häufig erzeugen.

Dafür bieten Carsten, Samad, Jan und Co. eine offene Online-Plattform an, auf der Diskussionen wie die zum Tempelhofer Feld geführt werden. Genau so, wie mit Hilfe von Doodle Arbeitstreffen und Kinobesuche vereinbart werden, ist brabbl ein Werkzeug sowohl für gesellschaftliche Fragestellungen als auch für private Entscheidungen. »Freunde können damit über das nächste Urlaubsziel diskutieren oder über das Geburtstagsgeschenk für einen Kumpel abstimmen«, sagt Carsten. Die Gründer hinter brabbl bestimmen

nicht, wer worüber auf ihrer Plattform diskutiert. Einen Wunsch haben sie aber doch: »Unser Ziel ist es, dass mit brabbl über fast alle gesellschaftlichen Themen online diskutiert wird«, sagt Carsten.

Die Idee entstand aus einer Gruppe von Berliner Linguisten, Grafikdesignern, Juristen, Volkswirtschaftlern, Programmierern und Kommunikationswissenschaftlern, die ein gemeinsames Projekt starten wollten. Seit fast drei Jahren werkeln sie schon an brabbl, im Mai 2013 gründeten sie eine Genossenschaft. »brabbl soll seine Unabhängigkeit behalten, und wenn es durch die Decke geht, nicht plötzlich an der Börse landen«, erklärt Carsten die Motivation. »brabbl soll den Menschen gehören.« Deshalb können alle, die die Idee unterstützen, Mitglied der Genossenschaft werden und so Anteile am Unternehmen halten. Damit können sie über die Zukunft auch des Unternehmens mitbestimmen. Und wenn es dann Gewinne einbringt, werden die Genossen an der Ausschüttung beteiligt.

Bis dahin arbeiten die meisten nebenher für brabbl und lassen sich dafür sogenannte Founding Points gutschreiben. Auch darüber werden sie später am Gewinn beteiligt. Eine Stunde Arbeit sind 25 Punkte. Das haben sich die brabbl-Initiatoren beim neuen Online-Marktplatz fairnopoly mit Sitz in Berlin abgesehen, der ebenso als Genossenschaft konzipiert ist.

Und woher soll der Gewinn dann kommen? Neben der freien Nutzung auf der Internetseite von brabbl

sollen beispielsweise Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen brabbl auf ihrer Homepage einbinden können – kostenpflichtig. Entweder, um thematisch passende öffentliche Diskussionen auf der eigenen Webseite anregen zu können. Oder aber, um interne Diskussionen mit Mitarbeitern oder Mitgliedern zu führen und so die Entscheidungsfindung zu verbessern. Beispielsweise kann darüber diskutiert und abgestimmt werden, welchen Themen sich die Organisation künftig zuwenden sollte oder auch welche Anschaffung als nächstes ansteht. Samad meint dazu: »Mit brabbl wird es leicht für Organisationen und Unternehmen Mitglieder und Mitarbeiter in die Entscheidungsfindung einzubeziehen – auch über große Distanzen.«

Das brabbl-Team selbst nutzt das Tool für dessen Weiterentwicklung. Von ganz allgemeinen Fragen wie »Wie können wir brabbl verbessern« über technische Details wie »Der Zurück-Button sollte eine Hierarchieebene höher führen«, bis zu inhaltlich-öffentlichkeitswirksamen Fragen wie »Welchen Claim sollten wir auf der Internetseite führen?« können alle Besucher der Seite an der Verbesserung des Projekts mitarbeiten.

Um die nächsten Schritte auch tatsächlich technisch umsetzen zu können, hat das Team eine Crowdfunding-Kampagne gestartet. Wie beim Crowdfunding werden Gelder von Unterstützern gesammelt. Allerdings investieren diese tatsächlich in das Unternehmen: Wer zahlt, entschließt sich gleichzeitig, Mitglied der Genossenschaft zu werden. So können auch die Geldgeber über die Zukunft des Unternehmens mitbestimmen und werden am späteren Gewinn beteiligt. Die Hierarchieebenen sollen bei brabbl möglichst flach bleiben. Wie für Genossenschaften vorgeschrieben, gibt es zwar einen Vorstand. Der besteht aber aus mindestens drei Mitgliedern und wird außerdem alle drei Jahre aus den Reihen der Genossenschaft neu gewählt. So kann jeder Genosse die Entwicklung des Unternehmens mitbestimmen. Vielleicht sogar mittels brabbl selbst: »Wir planen, unsere Generalversammlung auch online abzuhalten«, sagt Carsten. Das würde auch noch der Umwelt nutzen. ●

Informationen unter:

weitere Informationen: www.brabbl.de

ZWANGSARBEIT. DIE ZEITZEUGEN-APP DER BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT

Digitale Spurensuche im öffentlichen Raum

Die neue Zeitzeugen-App bringt mit dem Smartphone die Geschichte in die Straßen Berlins. Fünf Touren zu Zwangsarbeit im Nationalsozialismus sind kostenlos nutzbar.

VON EWA CZERWIAKOWSKI, THOMAS IRMER, CORD PAGENSTECHE, BERLIN • »Ich war 13, als ich in Berlin war, aber ich kann mich an alles erinnern«, schreibt die ehemalige polnische Zwangsarbeiterin Alina Przybyła in ihrem Erinnerungsbericht. »Doch wieder erkennen kann ich heute kaum etwas, so hat sich die Stadt geändert. Nur das Brandenburger Tor habe ich wieder erkannt, an dem ich damals gestanden und an eine Säule gekratzt hatte: »Pferdchen, bring mich von hier weg, zurück zu meiner Mama!«

Alina Przybyła ist eine von über 30 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, deren Erlebnisse aus der Zeit der NS-Zwangsarbeit in Berlin die Grundlage der neuen Smartphone-Applikation »Zeitzeugen« bilden. Die Zeitzeugen-App« bilden. Die im Rahmen des Berliner Themenjahres »Zerstörte Vielfalt« und von der Stiftung

»Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« geförderte, kostenfreie App hat eine Pionierfunktion: Erstmals wird das noch neue Medium in der zeitgeschichtlichen Bildungsarbeit zur NS-Zwangsarbeit eingesetzt.

WISCHE, WO DU DICH HINBEWEGST!

Mit dem Smartphone in der Hand kannst Du Dich auf fünf Touren durch Berlin begeben, die quer durch das Stadtgebiet führen. Die Applikation lässt Zeitzeugen aus Ost- und Westeuropa zu Wort kommen: Sie erzählen über ihr erzwungenes Leben in Berlin, berichten über die Arbeit in verschiedenen Wirtschaftszweigen oder ihre dürftige Unterkunft in Lagern, von Demütigung und Hoffnung, Verzweiflung und Auflehnung, aber auch von Freundschaft und Liebe. Jede der fünf Touren hat ihren inhaltlichen Schwerpunkt: Die Tour »Ein Pole in Berlin« führt auf den persönlichen Spuren eines polnischen Zeitzeugen im Berliner Arbeiterbezirk Wedding; in der Tour »Opfer und Täter« werden entlang des einstigen Machtzentrums in der Wilhelmstraße an Orten der NS-Schreibtischtäter die Auswirkungen der rassistischen Bevölkerungspolitik auf die Schicksale der nach Berlin verschleppten Menschen thematisiert; die Tour »In der Fabrik« konzentriert sich auf die Zwangsarbeit in zwei Werken der berühmten Berliner Firma AEG; die Tour »Zwangsarbeit war überall«, konzipiert als Radtour vom Potsdamer Platz bis zum Flughafen Tempelhof, betont die Allgegenwart der Zwangsarbeit in der deutschen Hauptstadt, und die mit der Berliner-S-Bahn abzufahrende Tour »Durch die Stadt der Lager« lenkt die Aufmerksamkeit auf die Unterkünfte und Alltagswege der Zwangsarbeiter in der Stadt.

Im Mittelpunkt jeder Tour stehen Selbstzeugnisse der ehemaligen Zwangsarbeiter: Ausschnitte von Video- und Audiointerviews oder vertonte niedergeschriebene Erinnerungsberichte, ergänzt von persönlichen Fotos, Dokumenten oder anderen Erinnerungstücken. Die App ist sowohl in deutscher wie in englischer Sprache erhältlich, auch um die vielen Touristinnen und Touristen aus aller Welt anzusprechen, die Berlin besuchen.

Die ganze Stadt ist das Museum. Der Berliner Stadtraum eignet sich besonders für ortsbezogene

Geschichtsvermittlung: Das historische Geschehen scheint hier dicht und Schicht auf Schicht abgelagert zu sein und kann sowohl an geschichtsträchtigen Orten, wie am Brandenburger Tor oder in der Wilhelmstraße, als auch an unscheinbaren Gebäuden, alten Fabrikhallen oder Bahnhöfen neu entdeckt und abgelesen werden.

SPURENSUCHE IM ZENTRUM DER NS-ZWANGSARBEIT

Das nationalsozialistische Berlin war ein Zentrum der Zwangsarbeit: Zwischen 1938 und 1945 mussten eine halbe Million Menschen – Männer, Frauen und Kinder – in Berliner Fabriken, anderen staatlichen und privaten Dienststellen und Privathaushalten unter Zwang arbeiten, so viele wie in keiner anderen deutschen Stadt. Als erste waren es die Berliner Jüdinnen und Juden, die im Zuge der sich verschärfenden Entrechtung und rassistischen Diskriminierung für öffentliche Arbeiten bereits vor dem Krieg und ab 1940 in den Berliner Rüstungsbetrieben Zwangsarbeit leisten mussten. Im Laufe des Krieges setzte der nationalsozialistische Machtapparat immer mehr Menschen aus den deutschbesetzten Gebieten zur Zwangsarbeit in der damaligen Reichshauptstadt ein, sowohl verschleppte Zivilisten als auch Kriegsgefangene und zuletzt Häftlinge der Konzentrationslager. Aus der deutschen »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt, lebten die Entrechteten in über 3.000 Lagern, direkt vor der Haustür der Deutschen. Mit der Smartphone-App werden Erinnerungen dieser unfreiwilligen Berlinerinnen und Berliner wieder vor Ort lebendig.

»GRABE WO DU STEHST!«

Grundlage der App bilden Quellen der Oral History, wie Ausschnitte aus den Zeitzeugen-Interviews. Ein Projektteam der Berliner Geschichtswerkstatt konzipierte sie. Die Methode der Oral History ist eng mit der Geschichte der Berliner Geschichtswerkstatt und ähnlicher Initiativen aus der »Geschichte von unten«- und »Grabe wo Du stehst«-Bewegung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre verbunden. Ziel war es, ande-

ren, »gewöhnlichen« Menschen eine Stimme zu geben, nicht nur »großen Männern«. Im Mittelpunkt sollten außerdem Erfahrungen aus dem Alltag stehen und keine Herrschaftsgeschichte.

Ende der 1980er hielt die »Oral-History«-Methode Einzug in den zunehmend kritisierten etablierten Geschichtswissenschafts- und Kulturbetrieb. Heute kommt kaum noch eine Geschichtsausstellung ohne einen Bezug zur Alltagsgeschichte aus. Ausgerechnet der technische Fortschritt in Form der Digitalisierung war für die Oral-History der Durchbruch. Für die Erzeugung von Quellen der Oral History und deren Nutzung etwa auf Websites, in sozialen Netzwerken, auf DVDs und in Online-Archiven bedeutete die Digitalisierung einen Quantensprung: Alle können heute umfangreiche Ton- und Bildaufnahmen von höchster Qualität herstellen, verarbeiten und verbreiten. Und nicht zuletzt auch die digitalisierten historischen Quellen nutzen. An diese Entwicklung knüpft die Zeitzeugen-App an und stellt die Digitalisate in eine neue Beziehung zum öffentlichen Raum. ●



Foto: Zeitzeugenapp



Foto: Zeitzeugenapp

GRENZERFAHRUNGEN AM MITTELMEER

Migranten: Solidarität und Selbstorganisation

Im Februar 2014 trafen wir im Allerweltshaus in Köln Alan Mitcham, der uns von seiner Reise nach Melilla erzählte. Auf eigene Faust war der attac-Aktivist über Spanien nach Melilla gereist, der spanischen Enklave auf dem marokkanischen Festland, um vor Ort direkt mit den Flüchtlingen zu sprechen; den Migranten, die in den Treibhäusern bei Almeria arbeiten, und Migranten, die auf einem Berghang in Marokko auf eine Gelegenheit warten, über den Grenzzaun nach Europa zu gelangen.

VON ALAN MITCHAM UND BRIGITTE CZYBORRA, KÖLN

Alan berichtet: »Ich hatte erwartet, dort chaotische, gesetzlose Zustände unter den Migranten in Andalusien zu finden, aber die Wahrheit war ganz anders. Drei marokkanische Gastarbeiter haben es auf den Punkt gebracht: »Ja, die Schwarzen, die können es: Sie können zusammen mit zwanzig Personen in einer Baracke leben«. Das habe ich auch so erlebt. Ich habe Gruppen aus Mali und aus dem Senegal besucht, und in den kleinen Arbeiter-Hütten zwischen den Treibhäusern waren sicher fast zwanzig Personen untergebracht. Aber was den engen Raum erträglich machte, war die Ordnung, die dort herrschte. Überall hing Wäsche aus. Die Leute trugen alte Sachen, aber sie waren sehr sauber. Und während meines Besuchs kam die »Einkaufstruppe« gerade zurück mit Großmarktdosen und Säcken für das gemeinsame Kochen. Das war Organisation! Mir ist auch erzählt worden, dass bei Krankheit oder längerer Arbeitslosigkeit einer Person die Gemeinschaft mit für sie sorgt. Ein Arbeitstag auf den Tomatenplantagen bringt 35 Euro Lohn ein. Doch die Migranten aus der Subsahara sind froh, wenn sie für vier Tage im Monat angeheuert werden, auch wenn die Bedingungen extrem sind: hohe Temperaturen unter Plastikplanen, Ausdünstungen giftiger Pestizide...

Auf dem marokkanischen Berg bei Melilla war die Situation nicht unähnlich: Die Leute (diesmal aus Kamerun) hatten extrem wenig, fast nur die Kleider, die sie trugen. Sie mussten betteln gehen und Essensreste sammeln, um sich überhaupt zu ernähren. Aber die ganze Gruppe hat mitgeholfen, und so ist eine gute Suppe entstanden. Hier auf dem Berg noch mehr als in Spanien hat man das Gefühl, dass die Gefahren und die Schwierigkeiten und das gemeinsame Ziel, den Sprung nach Europa zu schaffen, diese Leute zusammenschweißt in einer Solidarität, die man nur bewundern kann.



Fotos: Alan Mitcham

▲ Das Camp in Melilla

Mich hat überrascht, wie hervorragend ausgebildet diese Flüchtlinge waren. Sie konnten ausführlich über ihre Herkunft reden - manchmal auf Englisch, manchmal französisch. Und das war nicht ihre jeweilige Muttersprache! Viele hatten einen Schulabschluss, etliche Abitur. Einige hatten auch eine Hochschulbildung. Einer war Englischlehrer, ein anderer Geologe, einer hatte als Matrose Maschinenbau-Kenntnisse erworben... Ich traf wirklich kompetente Leute. Es waren sozusagen die besten Söhne, die von ihren armen Familien ins Ausland geschickt worden sind, in der Hoffnung, dass sie Geld für die Familie zurückschicken würden. Und die Hauptsache für diese Menschen war, diese von ihnen erwartete Leistung zu erbringen. In ihren Herkunftsländern ist es meist aussichtslos, ohne Beziehungen und ohne Korruption eine Anstellung zu finden, wie Edward aus Sierra Leone erzählt: »In unserem Land ist es so: Wenn du einen Job haben willst, musst du Bestechungsgeld zahlen. Wenn du aber kein Geld zum Bestechen hast, dann bedeutet das: du bist gezwungen auszuwandern, um zu arbei-

ten. Ich bin einer von denen, die kein Geld haben zum Bestechen oder zum Aufbau eines Geschäfts. Darum befinden wir uns in dieser Lage und leiden darunter.«

Ausdruck von Selbstorganisation der Migranten ist auch die fast militärische Aktion, um über die Grenze zu kommen. Der Zaun um Melilla ist ein Hi-Tech-Konstrukt: dreifach, 6 Meter hoch und mit Nato-Draht gespickt. Die Grenzpolizei jagt die Einwanderungswilligen, hetzt sie über Felsspalten, setzt rücksichtslos Schlagstöcke ein. Aber die Migranten erfinden immer neue Methoden, um den Grenzzaun zu überwinden. Das System, das sie im Februar 2014 sehr erfolgreich angewendet haben ist, in den frühen Morgenstunden massenweise koordiniert an ausgewählten Stellen den Zaun zu stürmen. Nicht wenige werden dabei schwer verletzt. Im Februar konnten viele Hunderte Migranten es schaffen, nach Melilla zu kommen, was einen hohen Grad an Selbstorganisation, Intelligenz und Wagemut beweist.

Diese kollektiven Strukturen sind stark, aber sie haben einen Preis. Und nur, wenn alle zusammenhalten, funktioniert es. Eine katholische Schwester aus Brüssel, die 30 Jahre lang in Afrika gelebt hat, hat es so auf den Punkt gebracht: Man kann versuchen in Afrika ein Geschäft aufzubauen, aber sobald ein Familienmitglied in Not ist - z.B. eine Operation braucht, bezahlt man die Kosten mit dem Geld aus der Kasse! Starke, solidarische Strukturen sind wichtig, wo sozialstaatliche Absicherung völlig fehlt. Und wollen wir hier einwenden, dass Solidarität und Familie nicht die größeren Pflichten sind?«

Allein von 1993 bis 2012 sind mehr als 17.000 schutzsuchende Menschen im Mittelmeer umgekommen. Giusi Nicolini, die Bürgermeisterin von Lampedusa, schrieb 2013 in einem Offenen Brief:

»Wir hätten keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber jetzt frage ich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden? Ich bin über die Gleichgültigkeit entsetzt, die alle angesichts zu haben scheint; mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, und nichts sagt, obwohl es hier ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg. Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist.«

Dem stimmt Alan Mitcham voll zu. Darüber hinaus weiß er: »Es ist schwierig genug in Afrika. Überweise werden die wirtschaftlichen Bedingungen dort noch erschwert, indem wir in Europa subventionierte Lebensmittel und Altkleider auf diese Märkte abschieben. Es geht nicht, dass wir unfaire Fischereiabkommen schließen und dann die Küsten Afrikas leer fischen und die Grenzen gegen die verelendeten Betroffenen abschotten.«

Hören Sie die Sendung von »alleweltonair« mit dem Bericht von Alan Mitcham als Podcast auf www.alleweltonair.de. Weitere Infos www.hinterfragen.info

Mais a vous les etats de silance!
Les cadavres sont par tout

Avez-vous encore l'envi de feter???
Avez-vous encore l'envi de feter???
le trajet est tres, tres, tres long
le pays est au dela de l'horizon
cette nuit il n'y a ni mer ni bord
il n'y a que de l'eau,
et de l'eau,
et de l'eau,
et de l'eau,
et de l'eau...

(aus einem Gedicht des marokkanischen Künstlers Mahdi Alaoui)

Aber Ihr in den Staaten des Schweigens!

Die Leichen sind überall
Schaut hin, schaut hin!!!
Wollt Ihr denn weiter feiern??
Wollt Ihr denn weiter feiern??
Der Weg ist sehr, sehr, sehr lang
Das Land liegt jenseits des Horizonts

In dieser Nacht gibt es weder Meer noch Küste

Es gibt nur Wasser,
Wasser,
Wasser,
Wasser,
Wasser...

NETZWERK NEWS

NETZWERK
der politische Förderfonds

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
<http://www.netzwerk-selbsthilfe.de>

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Der 8. Mai 2014 in Demmin – Revisionismus revidieren!

Laut Duden bedeutet »Revisionismus« das »Bestreben, eine Änderung eines bestehenden [völkerrechtlichen] Zustandes oder eines [politischen] Programms herbeizuführen«. Der Begriff kommt aus dem lateinischen (*revidere*) und bedeutet frei übersetzt »wieder hinsehen«. Und so sehen wir bereits seit 2006 alljährlich am 8. Mai auf Demmin. Dort wandern *delirierende* Gestalten in einem andauernden Zustand deutlicher Umnachtung durchs Dorf und sind bemüht einen perfiden Opfermythos zu generieren. Von dem was in Demmin 1945 geschah, gibt es verschiedene Versionen. In den Medien wird zumeist das Bild einer brandschatzenden Roten Armee gezeichnet, die die Deutschen in einem Rachefeldzug in die »schrecklichsten Massenselbstmorde aller Zeiten« (Stern) getrieben hätte. Gerne bleibt unerwähnt, dass die panische Angst vor »den Roten, den Russen, den Sowjets ... usw.« fester Bestandteil eines nationalsozialistischen Glaubenshorizontes war – und somit auch in Demmin wohl den Freitod vieler motiviert hat. Aufklärung gibt es eher von Seiten der lokalen Antifa, wie das *neue deutschland* berichtete. So ereigneten sich 1945 eine ganze Reihe von Anschlägen, die von den zivilen Dorfbewohner_innen ausgingen. Es wurde vergifteter Wein ausgetrunken, auf russische Parlamentäre und auf Soldaten geschossen, obwohl die weiße Fahne am Kirchturm die Kapitulation der Stadt anzeigte. Allein am ersten Tag des Eintreffens der Sowjetarmee wurden 17 Rotarmisten erschossen.

Die Geschehnisse in Demmin bei Kriegsende gestalten sich also wesentlich komplexer, als dass sie zum Opfermythos taugen würden und bedürfen einer differenzierten Aufarbeitung der Stadtgeschichte.

Antifaschistische Traumatherapie Gegen den Nazi-Aufmarsch in Demmin

Was in Demmin damals passiert ist, ist das eine. Was neonazistische Vollposten daraus machen, ist etwas anderes. Der so theatralische wie lächerliche jährliche Aufmarsch in Demmin am 8. Mai reiht sich ein in eine Kette von Naziaufmärschen, bei denen sie ihre Ursache und Wirkung verdrehendes Geschichtsbild auf die Straße tragen. Für die Neonaziszene in Mecklenburg-Vorpommern stellt die Demminer Veranstaltung ein öffentlichkeitswirksames und zentrales Ereignis dar, welches bereits bis 2017 vorangemeldet ist – die Demminer Tragödien nehmen kein Ende! Auch in diesem Jahr soll der Aufmarsch gestört, unterbrochen und endlich verhindert werden. Die Antifaschistische Traumatherapie, als Teil des Bündnisses »Demmin Nazifrei«, will auch dieses Jahr möglichst viele Menschen mobilisieren, um den Nazis offensiv entgegenzutreten. Wie in den Jahren zuvor werden Busse aus Berlin nach Demmin fahren. Im Vorfeld werden außerdem Informationsveranstaltungen zu den historischen Ereignissen, Gegebenheiten vor Ort sowie zu dem bisher organisierten Widerstand stattfinden. Der 8. Mai war, ist und bleibt der Tag der *Befreiung* und der *Verpflichtung* – auch in Demmin!

Stella Napieralla

Weitere Informationen unter <http://kaffeefahrten.wordpress.com>

KARTOFFELKOMBINAT, MÜNCHEN

Erntegemeinschaft – Versorgungsstruktur mit Zukunft

Eine selbstverwaltete Versorgungsgemeinschaft hilft Erzeugern und Abnehmern

Abgepackt in Plastik, geschmückt mit Siegeln oft fragwürdiger Aussagekraft, Herkunftsort irgendwo zwischen Regional und Übersee. Das ist häufig die Realität des Bio-Gemüses in unseren Supermärkten. Doch die Produktionsbedingungen werden kaum hinterfragt. Das Kartoffelkombinat im Münchner Westen geht andere Wege. Die Genossenschaft setzt auf eine selbstverwaltete Versorgungsstruktur statt auf Ware aus anonymen Quellen.

VON SABINE VOLLAND, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die »Discounterisierung« von Lebensmitteln hat auch in der Bio-Branche längst Einzug gehalten. In den meisten Märkten stehen sortenweise Gemüse und Obst übersaisonal zur Verfügung. Die jährliche Nachfrage nach Bio-Erzeugnissen in Deutschland steigt rasant. Innerhalb einer Dekade verdreifachten sich die Ausgaben für ökologische Lebensmittel auf mehr als sieben Milliarden Euro (Stand: 2012). Deutschland nimmt damit europaweit einen Spitzenplatz ein, zahlt dafür aber vergleichsweise den niedrigsten Preis. Dieses Wachstum hat Konsequenzen – für Mensch und Umwelt.

»DEN ERSTEN BEISSEN DIE HUNDE«

Zwar könnten unsere Äcker weit mehr Menschen mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln versorgen – doch zu welchem Preis? Das Verringern der Gewinnmarge für Obst und Gemüse geht immer zu Lasten der Erzeuger. Sie sind die ersten in der Wertschöpfungskette und müssen dem Marktdruck am meisten standhalten. Beugen sie sich den Anforderungen, heißt das Wachstum auf Kosten von Boden, Ökologie und Qualität, sowohl in der konventionellen als auch der ökologischen Landwirtschaft. Viele Bio-Höfe kämpfen heute ums Überleben oder geben ganz auf. Faire Löhne können in diesem Gefüge schon lange nicht

mehr gezahlt werden. Wer vor diesem Hintergrund seine Lebensmittel einkaufen geht, will keines der unter den heutigen Bedingungen produzierten Gemüse mehr kritiklos an die Kasse tragen. Es braucht neue Wege, um den allgemeinen Leidensdruck in der ökologischen Landwirtschaft zu reduzieren.

An diesem Punkt waren auch Daniel Überall und Simon Scholl angekommen, als sie 2011 endgültig keine Lust mehr auf Massenware auf ihrem Teller hatten. Anfang 2012 gründeten sie die Kartoffelkombinat eG. Sie betreibt, in Kooperation mit der Naturlandgärtnerei Sigi Klein, auf dessen Gelände in Eschenried, westlich von München, solidarische Landwirtschaft. Als »Gemüse-Rebellen« werden sie bezeichnet. Ihre Idee: In einem ersten Schritt, gemeinsam mit anderen Münchner Haushalten, eine Bio-Gemüsegärtnerei übernehmen und die Genossenschaftsmitglieder so eigenständig mit regionalen Lebensmitteln versorgen, ganz im Stile der Subsistenzbewegung und aktuell erstarkten Commonsdiskussion.

VERSORGUNGSSTRUKTUR MIT ZUKUNFT

Mit 40 Start-Haushalten lag 2012 der Wunsch nach (freundlicher) Betriebsübernahme noch in der Zukunft. Heute, 2014, ist das Kartoffelkombinat bereits Teilpächter und versorgt mittlerweile 400 Haushalte in und um München mit selbstangebautem Bio-Gemüse. Demnächst könnten sie Vollpächter werden.

Den Mitgliedern des Kartoffelkombinats geht es um den gemeinsamen Aufbau und langfristigen Erhalt einer unabhängigen, selbstverwalteten, gemeinwohlorientierten und regionalen Versorgungsstruktur auf Basis einer solidarischen Landwirtschaft. Die Mitglieder des Kartoffelkombinats schließen sich mit der von professionellen Bio-Gärtnern bewirtschafteten Naturlandgärtnerei Klein zusammen und geben dem Betrieb über die halbjährlichen Genossenschaftsbeiträge eine Vorfinanzierung für Saatgut, Material und Anschaffungen sowie eine Abnahmegarantie der Erzeugnisse.

Die Genossen werden so zu aktiven Teilhabern des Betriebs und verlassen ihren passiven Konsumentenstatus. Sie können den Anbau transparent mitverfolgen und auf dem Hof mitarbeiten, was aber nicht verpflichtend ist. Jeder Haushalt bekommt wöchentlich das, was saisonal in der Gärtnerei geerntet wird. Daher kann man im Kartoffelkombinat keine individuelle Bio-Kiste bestellen, denn die Ernte orientiert sich an den entsprechenden Fruchtfolgen. Gepackt werden die Kisten auf dem Hof, von einem festen Team. Geliefert wird entweder nach Hause oder an einen der aktuell 38 Verteilpunkte in der Stadt.



▲ Genossenschaftsvorstand des Kartoffelkombinats bei einem der vielen Hoffeste (v.l.n.r. Daniel Überall, Simon Scholl mit Gärtnermeister Sigi Klein).

Das Kartoffelkombinat ist eine Erntegemeinschaft, die Land und Stadt zusammenbringt. Beide profitieren von dieser Organisationsform, denn das Commitment der Mitglieder ermöglicht faire, übertarifliche Lohnzahlungen an die Gärtner. Somit entsteht ein leistungswertschätzendes Wirtschaften für beide Seiten und eine starke Identifikation mit Ware und Betrieb.

KOOPERATION STATT KONKURRENZ

Neben der Gärtnerei als »Homebase« wurden bislang sieben Partnerbetriebe aus dem Münchner Umland in die Versorgungsstruktur eingegliedert. Sie liefern Erzeugnisse, die in der Feingemüsegärtnerei nicht wachsen. Das Prinzip »Kooperation statt Konkurrenz« stärkt die umliegenden Betriebe und ermöglicht es, den Genossen ein breiteres Sortiment in die Kiste zu packen, besonders während der vermeintlich kargen Wintermonate. Durch das Engagement der Mitglieder haben sich zahlreiche Arbeitsgruppen gegründet, die zur Entwicklung des Betriebs beitragen. Das Kartoffelkombinat

ist ein Wissenspool. Hier treffen Menschen mit Know-how aus allen Branchen der Gesellschaft zusammen. Jeder kann sich entsprechend seines Fachwissens und Könnens einbringen. Trägt eine Idee, ist sie sinnvoll und entspricht sie dem Leitbild, wird sie umgesetzt.

Derzeit wird ein Verein gegründet, der Aufgaben übernehmen wird, für die in der Produktionsgenossenschaft keine Kapazität vorhanden ist. Auch sollen kleine Einzelgesellschaften zur Rückführung von Produkten in einen gemeinwohlorientierten Wirtschaftskreislauf ausgegliedert werden. Dies sind Möglichkeiten, die Idee einer autarken Versorgungsstruktur in die Gesellschaft zu transportieren. Das Kartoffelkombinat wurde 2013 von der UNESCO als Projekt für nachhaltige Bildung ausgezeichnet und vom Rat für Nachhaltigkeit zum Werkstatt-N-Impuls ernannt. Letzteres ist ein Qualitätssiegel des Rates für Nachhaltige Entwicklung, das Ideen und Initiativen aus Deutschland auszeichnet, die den Weg in eine nachhaltige Gesellschaft weisen. ● **Information und Kontakt** ☞ <http://www.kartoffelkombinat.de>; info@kartoffelkombinat.de

Infokasten Kartoffelkombinat eG	
Gründungsjahr:	April 2012
Vorstand:	Simon Scholl und Daniel Überall
Aufsichtsrat:	Dr. Horst Bokelmann (Vorsitz), Dr. Christa Müller, Rauno Andreas Fuchs
Ort:	Kartoffelkombinat eG/Naturlandgärtnerei Sigi Klein, Eschenried bei München
Wirtschaftsart:	Solidarische Landwirtschaft
Mitgliederzahl:	400
Pflichtanteile:	400
Genossenschaftskapital:	60.000 EUR
Jährlicher Umsatz:	ca. 300.000 EUR
Deckungsbeiträge über:	Mitgliederbeitrag

BUCHBESPRECHUNG

Wirtschaft jenseits von Markt und Plan

Gemeingüter als Paradigma Alternativer Ökonomien?

Gemeingüter oder Kollektivgüter sind für alle potenziellen Nachfrager frei zugängliche Güter. Gilt eine solche vereinfachende Zuspitzung auch für den Begriff Commons? Wer den Sammelband »Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat« liest, der von der Helfrich und der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegeben wurde, wird eines Besseren »belehrt«. Über 90 Autorinnen und Autoren aus rund 30 Ländern verdeutlichen in ihren Beiträgen: Eine umfassende Definition der Commons existiert nicht. Darin liegt die Chance, dass sich die Commons-Bewegung auf ihren Wegen zu gesellschaftlichen Veränderungen unterschiedlichen Zusammenhängen anpasst.

BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

● Allmend-, Kollektiv- oder Gemeingütern, in vielen Fällen synonym verwendet, werden oft mit Commons gleichgesetzt. In vielen wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlungen klassisch-liberaler Ausrichtung sind

diese vor allem mit Hilfe von zwei Kriterien für ökonomische Güter definiert: den Exklusions- und den Rivalitätsgrad. Sie werden also durch die Schwierigkeiten oder den Verzicht bestimmt, Eigentumsrechte festzulegen und die Möglichkeiten, gleichzeitiger Mehrfachnutzung.

WAS SIND COMMONS?

»Ein Commons ist weder Ort noch ein Ding, sondern ein Regelwerk zur Handhabung von Ressourcen«, heißt es in einem der Aufsätze. Eine Gruppe von Menschen definiert Regeln, wie sie mit einer gemeinsam genutzten Ressource umgehen will - ohne zentrale Planungsbehörde. Commons sind somit immer auch eine soziale Beziehung. Sie sind nicht die kulturellen, sozialen und natürlichen Gaben selbst, sondern erwachsen aus den Beziehungen der Beteiligten zu ihnen. Entsprechend beschreibt der Commonsbegriff möglichst immer auch die Art und den Charakter der Beziehung zwischen den Gemeinressourcen und jenen sozialen Gruppen, die Ansprüche auf sie erheben, indem sie ihre Zugangs-

und Nutzungsrechte an den Ressourcen in unterschiedlichen Formen gestalten.

In ihrer Einführung »Commons als transformative Kraft« von Silke Helfrich und David Bollier wird das Buch als Teil eines Prozesses dargestellt, in dem Menschen nach Alternativen zu der bestehenden Ordnung suchen, die mit ihrer umweltzerstörenden Wirtschaftsweise keine Wege in die Zukunft bietet. Sie haben zumindest eines gemeinsam: Klassische Grundannahmen der Wirtschafts- und Gütertheorie werden in Frage gestellt. Das Buch erscheint unter einer Creative-Commons Lizenz (CC-BY-SA) und darf beliebig oft vervielfältigt, bearbeitet und uneingeschränkt verbreitet werden.

DETAILREICHE EINBLICKE

Insgesamt geben die 72 Essays einen guten Überblick, aber auch detailreiche Einblicke in die Welt der Commons. Kritiker dieser Überlegungen kommen aber nicht wirklich zum Zuge. Naheliegenderweise schwanken die Beiträge in ihrer Qualität. Eine stringente,

schlüssige Einführung ins Thema fehlt. Zudem ist die Veröffentlichung eindeutig parteiisch zugunsten der Commons-Idee. Sie gliedert sich in fünf Kapitel:

- Commons. Ein Paradigmenwechsel.
- Kapitalismus, Einhegungen, Widerstand.
- Commoning – soziale Innovationen weltweit.
- Wissensallmende für den gesellschaftlichen Wandel.
- Commons produzieren, Politik neu denken.

Viele Ausführungen sind nicht theoretisch-konzeptuell, sondern es werden Handlungsstrategien aufgeführt und konkrete Ideen zur Umsetzung geliefert. Zu diesen Beispielen gehört u.a. wenn es um Urban Gardening, also die landwirtschaftliche Umnutzung kleiner Freiflächen in Städten geht. Andere zukunftsweisende Beispiele sind eine alternative Krankenversicherung oder Shared Space, also gemeinschaftlich genutzte Verkehrswege, im öffentlichen Raum und andere Grundbesitzformen in Brasilien. Für Commons-Befürworter könnte die Veröffentlichung als Standardwerk dienen. Sie werden mit Hilfe der Quellenangaben in die Lage versetzt, das Thema zu vertiefen. ●

Helfrich, Silke / Heinrich-Böll-Stiftung: Commons - Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld 2012 (Transcript Verlag), 24,80 Euro, 528 S.

KURZFILMVORSTELLUNGEN AUS DEM PROGRAMM DER SOLOTHURNER FILMTAGE

Ungefälschte Realitäten

Seit 1966 bieten die Solothurner Filmtage jährlich im Januar ein breites Panorama des Schweizer Kinos an. Nicht wenige der zweihundertzehn Werke, die zwischen dem 23. und dem 30. Januar 2014 gezeigt wurden, werfen brisante politische Fragen auf. Auch kürzere Filme eignen sich zu einer klaren Vorstellung der Thematik und der Darlegung von pointierten Statements.

VON RENÉ HAMM, BISCHOFFSHEIM (ELSASS) ● Bis heute hat Aydin Akin mit seinem Fahrrad über 105 000 Kilometer zurückgelegt, zweieinhalb Mal die Erdumrundung. Er verfolgt nicht das Ziel im Guinnessbuch der Rekorde aufgelistet zu sein. Seit dem 1. September 2005 fährt er viereinhalb Stunden pro Tag (vierzig Kilometer), außer dem Mittwoch, durch die Straßen Berlins, wo er seit Juni 1968 wohnt.

DIE STRAMPELNDE LITFASSÄULE

Seine klare Forderung: »Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer«. Dies brüllt er ins Megaphon, wenn er nicht gerade mit seiner Trillerpfeife »musiziert«. Auf der Papptafel, die er auf der Brust trägt, können die Passanten »Suche wahre Demokratie« lesen. Am 18. September 2011 demonstrierte er vor dem Wahllokal in der Fuggerstraße. Ein Polizist befahl ihm sich zu entfernen. Eine Dame gratulierte ihm zu dieser Aktion. Das reichte schon um ihn friedenzustellen. Der Regisseur, Choreograph und Schauspieler Fabian Cohn hat dem 1943 in Akcakoca an der türkischen Schwarzmeerküste

Geborenen einen sehr netten einundzwanzigminütigen Film gewidmet »Der Aktivist«. Die Protestroute der strampelnden Litfassäule führt von Schöneberg nach Neukölln. Dort betreibt Aydin Akin seit 40 Jahren ein Büro für Steuerberatung. Sein Vorname heißt so viel wie »aufgeklärt«. Um die 30350 Informationsblätter hat er redigiert. Tausende Briefe hat er an die Regierung und an die verschiedenen Parteien geschickt, ohne daß jemand bis dato das Anliegen wirklich ernst genommen hat. Jeden Abend zieht er Bilanz: »Was hast Du für Dich und die Welt geleistet?«, das Motto einer Lebensphilosophie. Obschon er, wie seine Landsleute und andere Fremde, in die deutschen Staatskassen zahlen, darf er nichts sagen über die Art und Weise wie die Behörden sein Geld verwenden. In sechzehn der achtundzwanzig EU-Länder dürfen die Ausländer an den Kommunalwahlen teilnehmen. Am 30. Oktober 1990 verweigerte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den EU-Bürgern ihren Stimmzettel an der Urne abzugeben. Der unermüdliche Anfechter der Diskriminierung hofft, daß die nachfolgende Generation mehr Gerechtigkeit genießen wird. Im November 1982 publizierte er bei Olle und Wolter ein dreihundertseitiges Buch »Warum zuviel Steuern zahlen?«. In seiner Heimat besitzt er eine Haselnussplantage von achtzig Hektar, die ihm zehntausend Kilogramm Obst bringt. Er hat eine Straße nach seinem Vater Osman Akin genannt. Auf dem Friedhof von Akcakoca hat er Grabsteine gekauft. In die Steinblöcke hat er große Überschriften und lange Texte meißeln lassen. Sein Engagement richtet sich ebenso gegen die unerfreulichen Umstände in der Türkei. Fast war er an Lungenkrebs gestorben. Deswegen will er der

Krankheit eine »Obrfeige« verpassen. Während seiner Trips trägt er öfters einen Mundschutz, der zwar gegen den durch die Dieselfahrzeuge verursachten Feinstaub kaum effizient ist, aber damit macht er auf die Luftverschmutzung aufmerksam. Am Ende der »Geschichte« radeln um die dreißig Personen hinter ihm her. Der Anfang einer Bewegung?...

ÜBEL UND FATALISMUS

Zu den von der »Krise« am schlimmsten gebeutelten Ländern gehört Spanien. Die Haushaltseinkommen sind seit Mitte 2009 um zehn Prozent zurückgegangen. Die globale Arbeitslosigkeit liegt bei 26 Prozent; die der Jugendlichen unter 25 Jahren verharrt auf sehr erschütterndem Niveau: 57,2 Prozent. Nach der letzten Caritas-Studie ist Federico Garcia Lorcas Heimat nach Rumänien das europäische Land mit der höchsten Kinderarmut. Es bräuchte nur 2,6 Milliarden Euro um dieses skandalöse Übel zu beheben, deutlich weniger als die von der Regierung als Priorität eingestufte Renationalisierung mancher Autobahnen, die vier Milliarden kosten wird... »Peor que ayer, mejor que mañana« (»Schlechter als gestern, besser als morgen«): die fatalistische Volksweisheit macht immer mehr die Runde. Unter diesem Titel haben Thais Odermatt und Carlos Isabel Garcia ein Zeitdokument von vierundzwanzig Minuten hergestellt. Vor der Kamera formulierten im April, Mai und September 2012 Menschen ihre Ansichten über eine Lage die viele in die Verzweiflung treibt. Laura Cabello und Lourdes Martín Guttierrez von der Schule Lucas y Maria in Toledo reden

über den »Luxus« Tinte für den Drucker oder einen Mehrfachstecker zu finden, die Angst der Schließung, die Förderung privater Einrichtungen mit der verheerenden Folge daß große soziale Klassenunterschiede entstehen. Der Feuerwehrmann Israel Perez Moreno bezeugt wie er und seine Kollegen trotz eines Waldbrandes am Boden bleiben mußten weil der Hubschrauber zu viel Benzin verbraucht. Nach seiner Entlassung behielt er seinen Helm als »Erinnerung«. Es wurmt ihn daß die Leute sich schnell an alles gewöhnen; »wir werden wie Schafe«!... Bilder die Bände sprechen: die Calle Historia, die Straße der Geschichte, in Illescas (Provinz Toledo, in der Region Kastilien-La Mancha) endet in einem Niemandsland von Schutt und Stein. An einer Wand des Theaters Auditorium (Bauabbruch im April 2010) in Ciudad Real (Kastilien-La Mancha), ein gesprayter Frauenkopf; durch eine Überschwemmung steht das Wasser bis zum Hals... Pharaonische Projekte erweisen sich als totale Fehlinvestitionen für die Gemeinschaft, aber nicht für korrupte, gierige Bauunternehmer und Politiker, die Gelder veruntreuten! Ein krasses Beispiel: der Zentralflyhof in Ciudad Real, der 1,1 Milliarde Euro verschlungen hat; er wurde am 2. November 2008 eröffnet. Schon am 2. Juni 2010 meldete die Leitung des Unternehmens aufgrund der anhaltend niedrigen Passagierzahlen Insolvenz an. Der Linienbetrieb wurde am 29. Oktober 2011 eingestellt. Am 13. April 2012 war auch Schluß mit dem An- und Abfliegen von Privatjets. ●

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Waldbesetzung Hambacherforst geräumt

Erneut wurden staatliche Behörden zugunsten der Konzerninteressen von RWE und des zwar profitablen, aber gegen Mensch und Natur rücksichtslosen Braunkohleabbaus tätig. Sie räumten die Waldbesetzung nahe des Tagebaus Hambach. In einer Erklärung der dort aktiven Klimaschützer_innen heißt es: »Die Waldbesetzung im Hambacher Forst wurde geräumt. Mit Hundertschaften, Kletterteams und ganz klaren Einschüchterungsversuchen gegenüber der Öffentlichkeit (»wir raten niemandem, hierher zu kommen«) wurde schließlich genau das getan, was sowieso zu erwarten war: RWE, Land, Stadt und Polizei wollen zeigen, wer herrscht, wer die sprichwörtlichen Zügel in den Händen hält. Doch es ist nicht alles so einfach. Die Razzien, die Räumungen, die ganzen Scheißrepressionen zeigen nicht etwa deren Überlegenheit, sondern ihre Angst!« Die gesamte Erklärung steht auf dem Blog der Waldbesetzer_innen unter <http://hambacherforst.blogspot.de>. Für die Räumung wurde Baurecht herangezogen: Die Baumhäuser seien statisch nicht sicher, deshalb müsse die Polizei eingesetzt werden. So half die Landkreisverwaltung den Interessen des Konzerns.

Interessante Tipps gegen Gewalt – übertragbar auf Antirepression

Alex Schwandner ist Polizeibeamter im Münchener Hauptbahnhof. Er berichtet in einem Buch aus seinem Leben. Das kann er: Sein Buch »Stärke zeigen« ist kurzweilig und mitunter humorvoll. Auch bringt er eine Menge Hintergrundinformationen unter, zum Beispiel über die Psyche von Täter_innen und über die falschen Ängste vor Kriminalität. Kostprobe: »Der überwiegende Tatort einer Vergewaltigung ist die Privatwohnung. Es ist also ratsam, in den eigenen vier Wänden höhere Aufmerksamkeit walten zu lassen als in einer Grünanlage bei Nacht!« Zentrales Ziel seines Buches ist, potentiell-

len Opfern Mut zu machen, sich nicht klein zu machen, mentale Stärke zu zeigen und sich im Extremfall auch zu wehren. Das gelingt überwiegend, fast alle Ausführungen sind ein Beitrag zur mentalen Selbstverteidigung. Allerdings ärgert das Buch durch das Wegschauen bei der eigenen Rolle. Denn viele der beschriebenen Begegnungen zwischen einem Täter, der Macht ausüben will, und einem Opfer, welches mitspielt, indem es sich klein macht, lassen sich auch auf Begegnungen zwischen Polizei und zu kontrollierender Person übertragen. Oder auf Besuche bei beziehungsweise von Behörden. Wer mag, kann das Buch aber auch einfach so lesen. Dann ist es eine echte Handreichung mit Tipps zum Umgang mit Repression (2013, Bastei Lübbe in Köln, 253 S.).

Hang zu harten Strafen?

Selbst Studien des Bundesjustizministeriums (z.B. im Jahr 2004 zu Rückfallzahlen in Abhängigkeit von der Strafhöhe) zeigen, dass Strafen Menschen eher kriminalisieren als von (weiteren) Taten abhalten. Dennoch haben Stimmen, die eine autoritärere Staatsgewalt und härteres Durchgreifen fordern, immer noch viel Platz in der Gesellschaft. Zur Verrohung durch soziale Ausgrenzung, Kriege oder Leistungsdruck passen Applaus für hohe Verurteilungen im Gerichtssaal oder Hetze in Medien gegen lasche Justiz. Ganz auf dieser Linie schimpft der Jugendrichter Andreas Müller in seinem Buch »Schluss mit der Sozialromantik!« über Kolleg_innen, die Jugendlichen zu viel Verständnis entgegenbringen. Der renommierte Herdervogel aus Freiburg bot ihm dafür 240 Seiten Platz (4. Auflage 2013, 16,99 €). Populisten füllen diese, durchzogen von einfachen Feindbildern wie etwa bösen Intensivtäter_innen. Schon die Faktenlage im Buch ist dünn. Das Kapitel über die besonders bösen Jugendlichen beginnt mit dem Beispiel, dass zwei von ihnen den armen Dominik Brunner in München zusammengeschlagen und getötet hätten. Dass tatsäch-

lich Brunner die Schlägerei anzettelte und dann an einem Herzinfarkt starb, hat der Autor wahrscheinlich nie recherchiert. Es geht ihm beim Strafen »um Sühne«, gibt er auf Seite 235 offen zu. Wenig später folgt der für einen Richter sehr peinliche Satz als Argument für das Wegsperrn von Jugendlichen: »Im Knast schaffen sie auf jeden Fall keine neuen Opfer.« Möglicherweise repräsentiert der schreibende Richter hier schlicht seine Zunft, die wenig weiß über das, was sie anrichten – z.B., dass im Knast die Gewaltkriminalität viel höher ist draußen.

Neue Projekte gegen Zwangspsychiatrie

Auf vier Seiten haben Aktivist_innen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt konkrete Projektideen gegen Zwangspsychiatrien zusammengestellt. Sie entspringen vielen Gesprächen und einigen größeren Treffen und sollen in den nächsten Monaten zu Aktionen und Veröffentlichungen führen. Es geht darum, die Grauzone (eher Schwarzzone) ummauerter psychiatrischer Zwangseinrichtungen zu mehr Transparenz und einem Ende der massenhaft willkürlichen Behandlung von Menschen zu bringen. So sollen Fälle von Willkür und Zwang in Buch und Ausstellung dokumentiert werden – und zwar jeweils mit den Akten und Unterlagen der Täter_innen (Klinik, Ärzt_innen, Gerichte ...). Eine Plattform für persönliche Berichte, eine Durchsetzungsstelle für Entschädigungsansprüche, sichere Zufluchtsorte für Zwangspsychiatrisierte und praktische Arbeitshilfen sollen geschaffen werden. Ebenfalls sind Aktionen geplant, um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, an mehreren Orten zum Gedenktag gegen Verbrechen in der Psychiatrie am 2. Mai und ab dem 10. Mai für zwei Monate jeden Samstag ab 16 Uhr an der Vitosklinik in Gießen. Nähere Informationen und das Ideenpapier mit Möglichkeiten zum Mitwirken finden sich unter www.psychiatrieundknast.de.vu.

Jörg Bergstedt

ANZEIGEN

21 Jahre
Recherche & Dokumentation
des staatlichen & gesellschaftlichen
Rassismus

**Bundesdeutsche
Flüchtlingspolitik und ihre
tödlichen Folgen
– 1993 bis 2013 –**



**Menschen flohen vor Krieg,
Verfolgung und Elend.
Sie fanden hier den Tod.**

Die Dokumentation umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen, Mißhandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfaßt auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingslager und mehr. Die beschriebenen über 7500 Einzelgeschnehnisse machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden gegen Null läuft.

**Einzelfall-Dokumentation
in zwei Heften (670 S.)**

**Antirassistische Initiative e.V.
Dokumentationsstelle
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de**

www.ari-berlin.org/doku/titel.htm



342

iz3w

Befreiend – Protestbewegung in der Türkei

Außerdem: ► Honduras nach dem Putsch ► Ghana ohne Gleichheit ► LGBTIs im Senegal ► Sansal und der Islam ...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

COMMUNITY ORGANIZING

Soziale Frage statt neoliberalen Machtzirkus

Die revolutionäre US-amerikanische Perspektive des Community Organizing bietet viele Ideen für durchsetzungsstarke Nachbarschaftsorganisationen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland erlebt die Diskussion einen erneuten Aufschwung. In der öffentlichen Debatte wird Community Organizing aber fast ausschließlich zwischen progressiver Sozialarbeit und neoliberalen Mitmachzirkus verortet.

VON ROBERT MARUSCHKE, BERLIN ● In diesem Artikel werbe ich für eine revolutionäre Perspektive auf Community Organizing. In der öffentlichen Wahrnehmung in der Bundesrepublik kommen ausschließlich Organisationen vor, die entweder im »Forum für Community Organizing« (FOCO) oder im »Deutschen Institut für Community Organizing« (DICO) ihre Dachorganisation gefunden haben. Das, was nach einem Blick in die dort geführte Debatte mit Community Organizing möglich scheint, kommt nur selten über die Grenzen einer scheinbar konfliktfreien Zivilgesellschaft hinaus. Der alltägliche Kampf mit den demütigenden Erfahrungen von Zwangsräumungen, Abschiebungen, Belästigungen, Jobcenter-Stress, Arbeitsdruck oder dem ganz normalen Wahnsinn in der Gesellschaft erfordert aber eine Form der Basisorganisation, die den erlebten Verwüstungen gerecht werden kann.

ORGANIZING KANN EINE REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE SEIN

Die Ursprünge revolutionären Community Organizing liegen weit über 100 Jahre lange zurück. Die militante Arbeiterbewegung seit den 1880er Jahre, die Arbeitslosenbewegung der 1930er Jahre und die Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre sind Bezugspunkte aktueller Nachbarschaftsorganisationen in den USA. In Los Angeles hat die »Bus Riders Union« (BRU) in den letzten Jahren 2,7 Milliarden Dollar gegen die örtliche Nahverkehrsgesellschaft und für einkommensarme Stadtteile erstritten. In San Francisco hat die Organisation »People Organized to Win Employment Rights« (POWER) lange dafür gekämpft, dass der öffentliche Nahverkehr für einkommensarme Kinder und Jugendliche jetzt kostenlos ist. Diese Beispiele widerlegen das liberale Argument, dass eine effektive Basisorganisation mit radikalen politischen Positionen nicht möglich ist. Revolutionäres Community Organizing zeichnet sich durch vier Elemente aus, die banal klingen mögen, aber in ihrer Kombination die bundesdeutsche Landschaft der Selbstorganisation sehr bereichern können.

KRITISCHE ANALYSE DER UND OPPOSITION GEGEN DIE VERHÄLTNISSE

Der Grund für steigende Mieten liegt im Verwertungsdruck des investierten Kapitals, egal ob es von Hedge Fonds oder von Ex-Autonomem angelegt wird. Abschiebungen finden auch aufgrund des rassistischen Status Quo statt, der sich kontinuierlich durch die deutsche und europäische Geschichte zieht. Sexistische Diskriminierungen sind auf allen Ebenen der Gesellschaft präsent, weil wir uns innerhalb einer patriarchalen Logik bewegen. Diese und weitere Unterdrückungsformen laufen durch Diskurse, Institutionen und Subjekte, durch Historie und Aktualität. Wie der langjährige Organizer aus San Francisco, Steve Williams, betont, stellen revolutionäre Nachbarschaftsorganisationen ihre Kampagnen »in den Kontext des zugrunde liegenden Systems von Ausbeutung und Unterdrückung«. Sie schaffen durch ihre oppositionelle Haltung die Grundlage für demokratische Auseinandersetzungen.

POLITISCHE BASISARBEIT

Das Ziel muss sein, immer mehr Menschen, die sich am unteren Ende der alltäglichen Verwüstungen bewegen, Teil der Organisation werden zu lassen. Dazu bedarf es transparente (Entscheidungs-)Strukturen, viele Möglichkeiten des Mitmachens und den unbedingten Willen, mit den Menschen und ihren Widersprüchen zusammen zu arbeiten, zu kämpfen und zu diskutieren. Mit 100 Leuten aus dem Jobcenter eine revolutionäre Kampagne aufzubauen, ist etwas anderes als in der kuscheligen Polit-Gruppe eine Diskussionsveranstaltung vorzubereiten. Der qualitative Unterschied, immer mehr Menschen einbinden zu wollen, anstatt »unter sich« zu bleiben und auf den »kommenden Aufstand« zu warten, unterscheidet Community Organizing von anderen Ansätzen.

Politische Basisarbeit meint, sich die Telefonnummern von Interessierten aufzuschreiben, ihnen hinterher zu telefonieren, Workshops zur Funktionslogik



Foto: Basta

des Wohnungsmarktes durchzuführen, gemeinsam Kampagnen entwerfen, Fähigkeiten auszutauschen, Verantwortlichkeiten transparent zu verteilen, Wissensunterschiede zu thematisieren und Entscheidungsstrukturen herauszuheben.

KONFRONTATIVE POLITIK

Die Forderungen der Kampagnen müssen zwingend auf das verweisen, was durch die Organisation angestrebt wird. Eine andere Welt muss sichtbar werden. Entsprechende Kampagnen sollten in einem gemeinsamen Prozess von unten entwickelt werden. Die Durchsetzung wird nur durch Druck auf der Straße, in den Ämtern und Behörden, in Unternehmen und in Gerichten möglich sein. Das System muss mit dem Mittel der Konfrontation zur Kapitulation gezwungen werden.

AUFBAU SOLIDARISCHER SOZIALER BEWEGUNGEN

Soziale Bewegungen entstehen nicht von alleine. Diverse Gruppen sollten sich die Akzeptanz anderer organisatorischer Ansätze antrainieren. Die einen verfolgen das Konzept der kuscheligen Polit-Gruppe und die anderen das der großen Basisorganisation. Manche kämpfen in der Gewerkschaft, andere organisieren in Hausgemeinschaften, Abschiebeknästen oder in illegalisierten Sorgearbeitsverhältnissen. Keiner der Ansätze sollte schlecht geredet werden. Soziale Bewegungen werden ihrem Namen nur gerecht, wenn sie alle hinter entscheidenden Forderungen versammeln können, die zu versammeln sind, unabhängig von ihrem Organisationsansatz. Schlagkräftige Basisorganisationen sind nur ein Teil des Puzzles. Daher sollte kritische Selbstreflexion und wohlwollende Kommunikation die oft vorhandene Selbstüberschätzung im lokal-politischen Klein-Klein ablösen.

ALLES FORDERN UND VIEL ERREICHEN!

Die entscheidende Frage für bestehende und neue Basisorganisationen ist: Wieso der ganze Aufwand? Wieso tausende Einzelgespräche führen? Wieso hundert Treffen organisieren? Wieso revolutionäres Community Organizing? Eine der Antworten die sich aufdrängt, bezieht sich auf die Tatsache, dass aktuelle stadt- und sozialpolitischer Bewegungen den Lauf der Dinge nicht in ihrem Sinne beeinflussen können. Es werden zwar viele kleine Kämpfe gewonnen, Zwangsräumungen verhindert, Bauvorhaben verzögert, Jobcenter-Zahlungen erzwungen oder Diskussionen zur Migrationspolitik angestoßen. Diese Erfolge, aber auch die Niederlagen im Zeichen abscheulichen Polizeihandelns, fordern neue Ideen zur Weiterentwicklung der eigenen Strategie. Wie können die Verhältnisse nicht nur partiell herausgefordert, sondern fundamental ins Wanken gebracht werden?

LIBERALES COMMUNITY ORGANIZING

Der Ansatz des DICO und des FOCO liefert für diese Herausforderung keine Antworten, im Gegenteil. Ich bezeichne die Ansätze beider Organisationen als liberales Community Organizing, weil sie sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen arrangiert haben und mitunter zu ihrer Verschärfung beitragen. Nach ihrer Lesart existieren keine strukturellen Ursachen für

alltägliche Probleme. Kapitalismus, Rassismus, Sexismus und weitere Unterdrückungsformen kommen nicht vor. In dieser Entwicklungslinie des Organizing ist Saul Alinsky der wichtigste und oft einzige Bezugspunkt. Sowohl das FOCO als auch das DICO krönen den Chicagoer Organizer, der zwischen 1940 und 1970 aktiv war, gebetsmühlenartig zum Begründer »des« Organizing aus »den« USA. Ein kurzer Blick in die US-amerikanische Geschichte macht hingegen deutlich, dass es sehr unterschiedliche Formen des Community Organizing gegeben hat und Alinsky mitnichten als Begründer gelten kann.

BÜRGERPLATTFORMEN ZWISCHEN BEDEUTUNGSLOSER BETEILIGUNGSMETHODIK UND AGGRESSIVEM NEOLIBERALISMUS

Diese Ungenauigkeit ist zwar ärgerlich, aber nicht entscheidend für meine Bedenken gegenüber liberalem Community Organizing. Die stärkere Kritik richtet sich an das zugrunde liegende Demokratieverständnis. Aus einer kritischen Perspektive funktioniert Demokratie nur dann, wenn eine gesellschaftliche Opposition vorhanden ist, die umfassende Themen aufgreifen und kritisch bearbeiten kann. Gerade diesen herrschaftskritischen Aspekt hat Alinsky in seiner Theorie des Community Organizing offensiv bekämpft. Im Zentrum seiner Gedanken steht die Annahme, dass eine politische Positionierung für den Erfolg von Basisorganisationen hinderlich ist. Es sei Alinsky zufolge politisch wirksamer, wenn es erst mal um nichts geht. In der Folge haben seine Organisationen sich regelmäßig von sozialen Bewegungen distanziert und »kämpfen« stattdessen für »gewinnbare« Ziele.

Im neoliberalen Zeitalter angekommen, verkommt liberales Community Organizing zunehmend zum Methodenbaukasten, mit dem Menschen Demokratie in einer Organisation lernen sollen, in der per Definition keine oppositionellen Positionen gegen die herrschende Politik diskutiert werden. Diverse Autor_innen verpacken diese Zahnlosigkeit im Wattebausch der Zivilgesellschaft. Sie diktieren ein gemeinsames Interesse aller Bewohner_innen einer Nachbarschaft bei grundsätzlichen und nebensächlichen Fragen des Zusammenlebens. Die Suche nach einem gemeinsamen Interesse hat die Berliner Bürgerplattformen des DICO zur Telefonhotline der Jobcenter, zur Präsenz von Trinker_innen auf öffentlichen Plätzen und zu fehlenden Privatschulen oder Regionalmanagements in einkommensarmen Bezirken geführt. (Neo)liberales Community Organizing schwankt in Berlin zwischen Bedeutungslosigkeit und aggressiver unternehmerischer Politik.

In der kritischen US-amerikanischen Literatur wird daher schon länger gefordert, was der Organizer Jon Liss in seinem 2012 erschienen Text so schön auf den Punkt bringt: »Jahrzehntelang hat der old-school Alinsky-Ansatz das Organizing in der Community und am Arbeitsplatz in den USA dominiert; es ist an der Zeit, offiziell sein Scheitern zu verkünden«. Stattdessen wirbt er und viele weitere für revolutionäres Community Organizing, dass über die Schwächen ihres liberalen Counterparts hinaus geht.

ERFOLGREICH ORGANISIEREN!

Revolutionäres Community Organizing ist ein loses,

aus einer über 100-jährigen Praxis entwickeltes Konzept, das bei alltäglichen Hürden der Selbstorganisation Lösungen anbietet. Dieser Prozess beginnt bei der scheinbar trivialen Frage, ob die eigene politische Gruppe oder Initiative überhaupt Basisarbeit betreiben will. Basisarbeit finden zwar alle gut, aber welcher Strategie folgt die eigene Arbeit, um wirklich jeden Monat spürbar mehr Menschen zu werden? Wie können wir uns abseits von Vier-Stunden-Plena mit wirklich vielen Menschen basisdemokratisch organisieren, ohne das Leute außerhalb linker Subkultur sofort wieder gehen? Erkennen die »Neuen« auf ihrem ersten Treffen, wie Entscheidungen zu Stande kommen, was die politische Linie ist, wo Möglichkeiten des Mitmachens sind? Werden Interessierte regelmäßig angerufen, eingeladen und auf dem Laufenden gehalten? Gibt es Versuche sich gemeinsam praktisch und inhaltlich weiterzubilden, damit Wissensunterschiede nicht zementiert, sondern abgebaut werden? Ist es der eigenen Gruppe wichtiger, an der Seite von Menschen zu kämpfen, die wirklich in der Scheiße sitzen, anstatt in theoretischen Debatten linker zu sein als andere?

All dies ist keine Argumentation, um bestehende Organisationen in den Dreck zu ziehen. Wer statt umfangreicher Basisorganisation lieber anderen Organisationsformen folgt, soll dies ruhigen Gewissens tun. Wer sich aber Basisorganisation auf die Fahnen schreibt, sollte sich auf eine Diskussion entlang der angeschnittenen strategischen Fragen einlassen. Denn angesichts allgegenwärtiger Angriffe auf die Lebensgrundlage einkommensarmer Menschen wäre es wünschenswert, wenn linke Basisorganisation zu einer Bewegung wird, die den Unmut der Straße aufnehmen und an die Orte der Entscheider_innen tragen kann. ●

Info

empfohlene Literatur

- ☞ Maruschke, Robert (2014): Community Organizing – Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Münster: edition assemblage.
- ☞ Maruschke, Robert (2014): Community Organizing – Zwischen Bürgerplattform und revolutionärer Perspektive. In: Holm, Andrej (Hrsg.). Reclaim Berlin – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. Berlin/Hamburg: Assoziation A. S. 235 – 261. (Eine Rezension findet ihr in dieser Ausgabe der CONTRASTE auf Seite 10)
- ☞ Wagner, Thomas (2013): Die Mitmachfalle – Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. Köln: PapyRossa.
- ☞ Williams, Steve (2013): Fordert Alles – Lehren aus dem Transformativen Organizing. New York: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Online einsehbar unter <http://www.rosalux-nyc.org/de/demand-everything/>
- ☞ Liss, Jon (2012): The Right to the City – From Theory to Grassroots Alliance. In: Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hrsg.). Cities for People, not for Profit: Critical Urban Theory and the Right to the City. New York: Routledge. S. 250 – 263.
- ☞ Mann, Eric (2011): Playbook for Progressives – 16 Qualities of the Successful Organizer. Boston: Beacon Press.
- ☞ Fischer, Robert (1994): Let the People Decide – Neighborhood Organizing in America. New York: Twayne Publishers.

FRAUENBEWEGUNG IN WIEN



Liebe, Macht und Abenteuer ist ein schönes Lesebuch zur Geschichte der autonomen Frauenbewegung in Wien der 1970er Jahre. 30 damals und größtenteils bis heute engagierte Frauen im Alter von 60 bis 82 Jahren beschreiben ihren feministischen Werdegang. Der hängt prägend mit

der AUF (Aktion Unabhängiger Frauen) zusammen, die Anfang 1973 gegründet wird. Die gleichnamige Zeitschrift erscheint im Oktober 1974 zum ersten Mal und wird erst Mitte 2011 mit der 153. Ausgabe eingestellt.

Das Buch ist eine Collage aus Artikeln und Ausschnitten aus Interviews. Den Anfang bilden biografische Erzählungen vieler Frauen, die über ihre Kindheit und Jugend in den 1940er und 1950er Jahren berichten. Starre Regeln, Gewalt, Schweigen, Unterdrückung und emotionale Kälte - die Prügelstrafe an Schulen wird in Österreich per Gesetz erst 1986 abgeschafft - lösen beim Lesen heute große Beklemmung aus. Selbstverständlich berichten die Frauen auch über die großen Themen, die sie damals beschäftigt haben: Arbeit, Sexualität, Gewalt, lesbisches Leben, Bündnispolitik, Medizin und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie und den eigenen Eltern. Schwerpunkt des Buches sind die ersten Jahre der AUF - insofern ist der Titel des Buches etwas irreführend. Hier wird ein Teil der Geschichte einer der wichtigsten Organisationen der parteiunabhängigen Frauenbewegung erzählt.

Faszinierend ist aus heutiger Warte, wie die Frauen den Aufbruch, die Befreiung, die erlebte Solidarität wiedergeben. Die Frauenbewegung hat sie freier, mutiger und stärker gemacht. Viele beschreiben diese Phase in ihrem Leben als „zweite Geburt“ oder als Erweckerlebnis: Sie fühlten sich nicht mehr allein. Dieses Erlebnis und seine Auswirkungen bis heute sind in den Texten immer wieder zu spüren.

Dass in diesem Buch nur Gewinnerinnen schreiben, ist solchen Büchern eigen, und soll hier nur erwähnt, nicht kritisiert werden. Das Buch kann aber auch deswegen einen solch sympathischen Geist von Aufbruch und Revolte verströmen, weil es über einen begrenzten Zeitraum spricht. In diesem gibt es zwar auch viele Diskussionen - er liegt aber vor dem, in dem aus einer einzigen Bewegung auch Berufe und Institutionen werden - und die teilweise scharfe Debatten mit sich bringen. Inhaltlich wird es ab Ende der 1970er Jahre, etwa in der Debatte um „Neue Mütterlichkeit“, dann unübersichtlich und spätestens durch die Kritiken „schwarzer“ Frauen war die Vorstellung einer starken, einigen Frauenbewegung, wie sie dieses lesenswerte Buch durchzieht, zu Ende. Aber das wäre jetzt eine andere Geschichte...

Bernd Hüttner

Käthe Kratz/Lisbeth N. Trallori (Hg): *Liebe, Macht und Abenteuer*. Zur Geschichte der neuen Frauenbewegung in Wien, 336 Seiten, 21,90 EUR, promedia Verlag, Wien 2013

TRANSITION TOWN: PROJEKTE VORGESTELLT



Sechs Jahre nach seinem »Transition Handbook« legt der Begründer der Transition Town-Bewegung, Rob Hopkins, ein handlungsorientiertes Buch vor, das nicht in die Kategorie der schlichten Weltverbesserungsratgeber gehört. Unter »Transition« versteht der Autor die Relokalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, ressourcensparende Lösungen zu entwickeln unter Mobilisierung der Fähigkeiten der lokalen Bevölkerung, hauptsächlich in den Bereichen Lebensmittelversorgung, Energie und Verkehr. Jede lokale Gemeinschaft sucht sich ihren Weg. Ein einheitliches Transition-Town-Modell (TT) gibt es nicht. Subsistenzwirtschaft, Do-it-yourself, Reskilling, Regionalwährungen, lokale Direktvermarktung - all dies kann und wird in TT-Projekten vorkommen, muss aber nicht.

Im Mittelpunkt des Buches stehen über zwei Dutzend lokale Initiativen, die in drei der vier Kapitel vorgestellt werden. Sie reichen von der Schaf-CSA bis zum multifunktionalen Wandelbüro, erstrecken sich geografisch von Großbritannien über USA und Japan, Argentinien, Portugal bis Australien. Ein Exkurs handelt von der TT-Szene im deutschsprachigen Raum.

Im ersten Kapitel erläutert Hopkins die beiden zentralen Begründungen der TT-Bewegung: die Erschöpfung der fossilen Energiequellen, die neue ökonomische Strukturen erzwingt sowie die herrschenden Eliten, die

auf ein Weiter-so setzen und den historischen Bruch des »Peak Oil« ignorieren. Was bleibt ist, sich den Umwälzungen und ihren Herausforderungen durch Anpassungen im sozialen Nahraum so zu stellen, dass wichtige soziale Funktionen erhalten bleiben. Hopkins bezeichnet solche Strategien mit »Resilienz«. Deren Prinzipien sind Diversität, Modularität, die Pflege von Sozialkapital und das rasche Reagieren auf negative Effekte durch dezentrale Organisation.

Es tauchen wichtige Argumente auf, die durchaus nicht jedem geläufig sind, der sich für eine sozialökologische Transformation engagiert: Wenn der Klimawandel aufgehalten werden soll, müssten etwa vier Fünftel der bekannten fossilen Energiereserven in der Erde verbleiben. Und: eine britische Studie stellte fest, dass jedes Mal, wenn ein großer Supermarkt eröffnet wird, 276 lokale Arbeitsplätze verloren gehen.

Das erste Argument wirft die Frage auf, wer die politisch enorm mächtigen Energiekonzerne dazu zwingen kann, die fossilen Rohstoffe im Boden zu lassen. Auf »die Politik« sollte dabei niemand warten: Denn welche Blockademacht gegenüber Basisinitiativen sie aufbieten kann, zeigt die gegenwärtige Energie-wendebatte. Die Ausblendung solcher Machtfragen ist der zentrale blinde Fleck des TT- Ansatzes. Auf »die Kraft des Einfach-jetzt-Machens« allein zu vertrauen, hat insofern etwas naiv-illusionäres.

Eine sozialökologische Transformation der Gesellschaft braucht jedoch eine Vielzahl von Initiativen nach Art des TT-Konzepts: dezentral, international vernetzt und strategisch, nicht zuletzt attraktiv und motivierend. »Einfach. Jetzt. Machen« kann somit auch für Nicht-TT-AktivistInnen nützlich sein.

Markus Riek

Rob Hopkins: *Einfach. Jetzt. Machen!* Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen, oekom-Verlag München, 2013, 189 Seiten, 12,95 Euro, ISBN-13: 978-3-86581-458-6

URBANE KLASSENKAMPF



Der umfangreiche Sammelband gibt einen sehr guten Überblick über die »Berliner Zustände«, d.h. die stadtpolitischen Konflikte und Widersprüche, vor allem die dortigen MieterInnenkämpfe. Die Texte bieten viel lebendiges Erfahrungswissen, vor allem in den Interviews, vereinzelt aber auch schwere Kost, wenn es um die aktuelle Wohnungsprivatisierung und den Berliner Bankenskandal geht.

Sehr gut gefällt die undogmatische politische Linie des Buches. Die AutorInnen betreiben weder ein Künstler- noch ein Touristenbashing. So habe es in den letzten Jahren eine »Repolitisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen von KünstlerInnen« gegeben. Zur »Repolitisierung der Kulturarbeit« gehöre aber auch »die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in Aufwertungsprozessen«, so Jutta Blume. Neben den KünstlerInnen gelten oft TouristInnen als Feindbild. In Berlin, so heißt es, tummelten sich an einem »Durchschnittstag« 480.000 TouristInnen - ein Tourist auf sieben Einwohner. Der Tourismus spalte die Gemüter. Als Feindbild, falls man/frau so etwas brauche, eigne sich aber eher die Politik, so Johannes Novy.

Als Feindbild dienen auch Hausbesitzer wie zum Beispiel Suitbert Beulker, der die BewohnerInnen in der Rigaer Str.94 im Stadtteil Friedrichshain terrorisierte. Beulker wird in dem Artikel »Besetzen im 21. Jahrhundert« erwähnt, der einen Überblick über die Häuserbewegung gibt, die nach den Besetzerwellen 1980/81 und 1989/90 nur noch in Restbeständen existiert. Aber immer wieder flammt vereinzelt Widerstand auf, sei es von der »Initiative Squat Tempelhof«, den SeniorInnen der Stillen Straße oder dem Irving Zola-Haus in Kreuzberg, dass aus einer Besetzung 2012 hervorging. Trotzdem hat sich an der berühmten »Berliner Linie«, der Verordnung, nach der besetzte Häuser in Berlin innerhalb von 24 Stunden nach Bekanntwerden der Besetzung zu räumen sind, grundsätzlich nichts verändert, wie man zum Beispiel bei der Räumung der Liebigstraße 14 in Friedrichshain erfahren musste.

Doch in Berlin geht es nicht nur um die Zerstörung von Freiräumen, es wird vor allem ein »urbaner Klassenkampf gegen die einkommensschwache Bevölkerung« geführt. Berlin gilt als das Armenhaus der Bundesrepublik und hat zugleich die höchste Polizeidichte, so der Politologe Volker Eick in seinem Artikel. Hinter »Law and Order« verberge sich eine »lohnarbeitszentrierte Befriedung«. In zwei Beiträgen werden die »umkämpften Räume im Sexgewerbe« beschrieben, linksradikale AktivistInnen seien in diesem Konflikt abwesend. Der Initiative Kotti & Co wieder-

um wird Reformismus vorgeworfen, die Kampagne »Mediaspree versenken« tappte in die Mitmachfalle. Das Buch verspricht Spannung. Einiges Zahlenmaterial mutet angesichts der rasanten Entwicklung dagegen veraltet an. Das Kapitel »Protest und Widerstand« gibt nur einen Ausschnitt der stadtpolitischen Initiativen in Berlin wieder und wartet auf Fortschreibung, wobei auch radikale Positionen zu einer revolutionären Stadtpolitik Gehör finden sollten. Trotzdem ist die Lektüre unbedingt zu empfehlen.

Anne Seeck

Andrej Holm (Hg.), Reclam Berlin. *Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt*, Assoziation A, Hamburg 2014, 364 Seiten, 18 EUR

KRISE UND SOZIALE REPRODUKTION



In der Schweiz, so hat es die feministische Ökonomin Mascha Madörin errechnet, macht die Bruttowertschöpfung durch unbezahlte Arbeit über 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Was bedeutet dies eigentlich für linke Theorie und Praxis, die sich in der kulturellen Linken vorrangig auf Anerkennung und in der sozialen Linken auf Umverteilung orientiert? Das trouble every day collective will mit seinem Büchlein als einem Beitrag zu dieser längst überfälligen Diskussion die Reproduktionsphäre neu bewerten und vor allem politisieren. Die aus dem AK Feminismus der Naturfreundejugend Berlin hervorgegangene Gruppe versteht sich selbst als materialistisch, queer-feministisch und herrschaftskritisch.

Nach einer Einführung, die die aktuelle (Mehrfach) Krise so versteht, dass jene nicht die Ursache für allerlei ist, sondern die Verhältnisse vor allem verschärft hat, wird die Herausbildung der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung samt ihrer Zuweisung von »öffentlicher« und »privater Sphäre« referiert. Nach einem Kapitel über marxistische Krisentheorien soll es dann im letzten Viertel um konkrete Alternativen und Utopien gehen. Eine (kommunistische?) Utopie, die vom Begriff der Reproduktion ausgeht, statt - wie bisher weit verbreitet - die Produktion in den Mittelpunkt zu stellen. Hier werden die Commons, das bedingungslose Grundeinkommen, Pflege-Streiks und die Vier-in-einem Perspektive von Frigga Haug vorgestellt. Diese Alternativen bleiben schlussendlich aber auch sehr abstrakt. Was diese vier mit einem dissidenten Leben zu tun haben (können), bleibt offen.

Als (neue?) Strategie wird unter anderem vorgeschlagen, von den Bedürfnissen der Menschen auszugehen, diese in den Mittelpunkt emanzipatorischer Politik zu stellen. Einige Seiten weiter steht dann genauso richtig, Bedürfnisse würden im Kapitalismus erst befriedigt werden, wenn damit Profit zu machen sei. Oder dass Individualisierung, die Linke ja im Grundsatz auch begrüßen, eine doppeldeutige Form der neoliberalen (Selbst-)Regierung sei. Was bedeutet das denn nun für die vielzitierte »emanzipatorische Politik«? Dazu findet sich nichts in dem Buch. Insgesamt sind die einzelnen Abschnitte des Buches für sich gut und richtig, das Ziel und die Zielgruppe des Buches bleibt aber doch etwas diffus - ist es doch für eine Einführung etwas zu voraussetzungsvoll - und für einen fundierten Beitrag zu kurz und zu oberflächlich.

Bernd Hüttner

trouble every day collective: *Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven und Utopien*, unrast Verlag, Münster 2014, 78 Seiten, 7,80 EUR

KOMMUNISMUS ALS REALISTISCHE UTOPIE



Das Buch bildet eine Zusammenschau von jüngeren Arbeiten zu sozialen Bewegungen, die nicht für Emanzipation im System, sondern für eine Befreiung aus eben diesem stehen. Originalität beansprucht der Autor nur was die »Kombination der Argumente« betrifft. Er verspricht nicht weniger als eine Theorie der Befreiung, eine große Erzählung, die auf dem Glauben »an die Möglichkeit der Befreiung hier und jetzt« basiert. Ein Buch das mit solchen Versprechungen beginnt, läuft Gefahr, in einer Heilsbotschaft zu enden. Diese Gefahr umschifft Birkner durch seine konsequent von marxistischer Theorie geleitete Analyse.

Er beginnt mit den Veränderungen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit im Postfordismus. Die Formen, die dieser Widerspruch annimmt, haben sich diversifiziert, sodass die Kämpfe an vielen Fronten gleichzeitig auftreten. Daher gibt es in Form der »Multitude« auch eine Vielfalt an revolutionären Subjekten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Zudem sei die Produktivkraftentwicklung an einem Punkt angelangt, an dem es mit Hilfe der neuen Kommunikationstechnologien möglich sei, Produktion und Verteilung von Gütern ohne Hilfe durch Staat oder Markt zu organisieren. Gleichzeitig sei der Kapitalismus in einer tiefen Krise, da die Gesellschaft schlicht zu reich sei für weitere Kapitalakkumulation. Der Kommunismus sei in dieser Konstellation die plausibelste Alternative. Bei allem Optimismus ist sich Birkner jedoch der Machtverhältnisse bewusst und übersieht nicht, dass die Herrschenden auf diese Bedrohung mit verstärkter Repression reagieren.

Der Autor skizziert die bereits existierenden Elemente aus denen eine kommunistische Gesellschaft entstehen könnte und Strategien und Allianzen für den Weg dorthin. Dieser kann nur jenseits von Staat und Partei, von repräsentativer Demokratie und ökonomischer Wachstumslogik und auch jenseits der traditionellen Familie liegen. Im Zentrum der Transformationsprozesse stehen für ihn immer soziale Bewegungen. Diese müssten einerseits versuchen, Kapital und Markt in ihrer Funktion zu behindern, gleichzeitig aber auch alternative Ökonomien und politische Formen entwickeln.

Auch wenn wir aus früheren Versuchen wissen, wie es nicht funktioniert, so gibt es doch für den Kommunismus der Zukunft keine Patentrezepte und keine Blaupause. Die zukünftige Entwicklung wird offen gehalten. Diese Abstinenz hebt das Buch wohlthuend von anderen Büchern ab, die vermitteln die einzig richtige Lösung zu kennen, führt letztenendes jedoch wieder zurück zum »Glaubensbekenntnis«. Weil soziale Prozesse keinen objektiven Gesetzmäßigkeiten folgen, ist das Auftreten des Kommunismus keine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit, der man sich nur über Glauben annähern kann. Dieses Auftreten zu befördern, ist die Absicht des schmalen Bandes, dem ein sorgfältigeres Lektorat zu wünschen gewesen wäre.

Für Menschen, die den Optimismus des Autors teilen, eine anregende und motivierende Lektüre. Wer das nicht tut, dem wird Manches als Provokation oder realitätsferne Illusion erscheinen. Ersteres ist durchaus gewollt, Zweiteres ist ein Risiko, das der Autor offensichtlich bereit war einzugehen.

Brigitte Kratzwald

Martin Birkner: *Lob des Kommunismus 2.0*. Mandelbaum Verlag, Wien ISBN: 978385476-625-4, € 10,00

ANZEIGEN

gut beraten

Sechs Broschüren aus der Beratungspraxis für die Beratungspraxis: Asylrecht / Aufenthaltsrecht / (Anti-)Diskriminierungsrecht / Abschiebung / Familienzusammenführung / Freizügigkeit. In allen sechs Heften wird gut gedeutet, übersichtlich und praxisnah erklärt, worauf es ankommt, wie man vorgeht und wo man weitere Informationen bekommt. Alle Hefte sind auf dem neuesten Stand. Sie eignen sich auch als »Handreichung« für Fortbildungen. Es ist nur eine kleine Auswahl aus unserem Angebot. Sehen Sie sich alle Broschüren der Reihe im Internet an! Zu jedem Heft finden Sie dort nähere Informationen, Umfang und Erscheinungsjahr.

Jede Broschüre kostet 2 Euro (zzgl. Versand). Rabatt bei Abnahme größerer Mengen. Der Buchhandel erhält den normalen Rabatt.

Angebot: Sechs Broschüren (40 / 62 / 68 / 79 / 80 / 87) zusammen 10 Euro (inkl. Versand). Dieses Angebot ist nicht rabattfähig!

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax 0431/570982, bestellung@gegenwind.info

SCHWERPUNKT: VERGESELLSCHAFTUNG

Beharrlich Demokratie gestalten

Vergesellschaftung ist in aller erster Linie ein Demokratiekonzept, das nach gesellschaftlicher (basis)demokratischer Organisationsstruktur fragt. Es geht um aktive kontinuierliche Partizipation und die Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen in der Gesellschaft. Die aktuellen Kämpfe, um eine Gesellschaftsveränderung können in diesen Kontext eingeordnet werden, auch wenn sie selbst auf die Idee der Vergesellschaftung nicht direkt Bezug nehmen.

VON ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN ● Während Deutschland im Großen und Ganzen von den Krisen in Spanien, Portugal und Griechenland noch profitiert, profitieren die Menschen nur bedingt davon. Armut und soziale Isolation nehmen auch hier zu, nur nicht in dem rasanten Tempo, wie es in anderen europäischen Ländern der Fall ist, die in einem viel größeren Ausmaß von der Krise betroffen sind. Hinzu kommt die zunehmende ökologische Krise. Die Ausbeutung von Mensch und Natur kennt keine Grenzen, solange sie der Profitmaximierung dienen. Durch eben diese ökologische und soziale Krise ist es notwendig geworden, die Frage immer lauter zu stellen: Wie wollen wir leben? Was soll warum von wem unter welchen Bedingungen produziert werden?

Es geht um Teilhabe, Demokratisierung und eine Aufhebung von Ungleichheit. Die Idee der Vergesellschaftung basiert im Kern auf einer Idee der Demokratisierung von Produktions- und Betriebsstrukturen. Und ihre Einbindung in ein Konzept gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Die Idee hat sich weiterentwickelt und wird heute auf Wohnraumkämpfe ebenso bezogen wie auf Energiekämpfe. Es geht um Mitbestimmung, im Sinne des Ausbaus gesellschaftlicher Mitbestimmung und Teilhabe, wie sie von Energietischen versucht wird, hinsichtlich der Fragen von Energieproduktion und Preisgestaltung. Wie sie vielfältig in kollektiven Betrieben und Genossenschaften praktiziert wird. Es geht auch um eine Integration reproduktiver Arbeit in Wirtschaftsabläufe. All dies erfordert andere Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, einen veränderten Umgang miteinander und mit der Umwelt, sowie andere Strukturen des Entscheidens und Besitzens.

Tendenzen hin zu einer Vergesellschaftung gibt es verschiedene. Beispielfähig können hierfür Wasser- und Energietische oder auch das Mietwäusersyndikat, Hausprojekte und Wohnungsgenossenschaften stehen. Dazu zählen kann man auch die vielen Kollektivbetriebe, die nicht in erster Linie auf Profitmaximierung ausgerichtet sind. Sie sind Inseln in einem kapitalistischen Meer und müssen sich permanent mit seinen Regeln auseinandersetzen. Es gibt keine gesellschaftlich-ökonomische Struktur in die sie eingebettet sind. Ihre Wirkung bleibt begrenzt und berührt immer nur eine begrenzte Personengruppe. Das rasante Fortschreiten der Umverteilung von unten nach oben, das Hofieren der großen Konzerne, ihre Absicherung durch unsere politischen Eliten und das konsequente Vortreiben einer »immer so weiter Politik« des unendlichen Wachstums, geben wenig Hoffnung, noch nicht einmal auf ein solidarisches Europa.

ZURÜCK ZU DEN ANFÄNGEN

Im Memorandum '81 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, einer unabhängigen Gruppe, die sich aus Gewerkschaftern und Wissenschaftlern zusammensetzt, definieren sie Vergesellschaftung als eine »bewusste Gestaltung aller Lebensbereiche [...], von denen die gesellschaftlichen und individuellen Entwicklungen entscheidend abhängen. Vergesellschaftung bedeutet etwas anderes als Verstaatlichung; sie bedeutet nicht die bürokratische Abschottung gegenüber den Bürgern. Informations-, Diskussions- und Gestaltungsmöglichkeiten der Betroffenen müssen vielmehr auf allen Ebenen verbessert werden.«

Es sind vor allem die Gestaltungsmöglichkeiten, die davon abhängen, ob sie an reale Entscheidungsmöglichkeiten gekoppelt sind. Das Volksbegehren, eines der Mittel um Entscheidungen gegenüber den etablierten Parteien herbeizuführen, wird daher auch von unseren Politikern oft mit Skepsis begegnet, bis dahin, dass den Menschen Entscheidungskompetenz abgesprochen wird. Fast jedes Volksbegehren ist ein zähes Ringen mit den etablierten Parteien. Ein anderes Beispiel für die fehlenden Entscheidungsmöglichkeiten ist: Ob Siemens oder BASF, es sind Vorstände, die die Unternehmenspolitik bestimmen. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind nicht befugt, gegen Umweltverschmutzung oder den Einsatz von Gentechniken vorzugehen und einen für den Vorstand bindenden

Beschluss zu fassen, der dieses Handeln untersagt. Auch können sie Entlassungen, die aus Gründen der Profitmaximierung getroffen werden, nicht verhindern.

In seinem Text im Memorandum '85 »Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung und alternative Wirtschaftspolitik« betont Hesel, dass die innermarktwirtschaftlichen Regulierungsinstrumente nicht ausreichen, um die bereits in den 1980er Jahren angenommene zukünftige hohe Arbeitslosigkeit tatsächlich bekämpfen zu können. Er nimmt an, dass »Gewinninteressen kapitalistischer Unternehmen und das Ziel staatlicher Beschäftigungspolitik konfliktieren«. Aus heutiger Sicht, 2014, kann man sagen, es konfliktiert leider nicht mit staatlichen Interessen, es konfliktiert aber mit den Interessen vieler Menschen in dieser Gesellschaft.

Für Hesel liegt der Konfliktpol zwischen Staat und Kapital, aus heutiger Sicht stehen sich jedoch Gesellschaft mit Kapital und Staat gegenüber. Korrekter ausgedrückt gibt es bisher vielfältige Konfliktorte, denn in Deutschland wählt die Mehrheit bisher »immer weiter so«.

Da Hesel einen Konflikt zwischen Staat und Kapital sieht, schlägt er ein sehr weitreichendes Demokratisierungsprogramm von Schlüsselindustrien in Deutschland vor, um einer enormen Zunahme von Arbeitslosigkeit und damit einhergehender Armut entgegen zu wirken.

Er formuliert konkrete Ziele, die seiner Ansicht nach umgesetzt werden sollen:

- »Die Orientierung der Produktion am gesellschaftlichen Bedarf und der Vollbeschäftigung und nicht ausschließlich der privaten Rentabilität.
- Die Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beschäftigung.
- Die Berücksichtigung der potentiellen und oft externen Folgen betrieblicher Produktion bereits in der Unternehmensplanung und -entscheidungen.«

Er hebt darüber hinaus hervor, dass die Wirkungen betrieblicher Produktion auf die natürliche Umwelt und die gesellschaftlichen Folgen des Einsatzes neuer Technologien in besonderer Weise einer demokratischen Kontrolle bedürfen. Diese sieht Hesel stärker berücksichtigt durch die »Mitbestimmung der Arbeitnehmer über Arbeitsbedingungen, Investitionen und Produktion und die Verringerung der Konzentration von Kapital und Vermögen und die Reduzierung wirtschaftlicher Macht und des demokratisch nicht legitimierten Einflusses mächtiger Interessengruppen«.

Der Fokus der ursprünglichen Idee auf Wirtschafts-

unternehmen und ihre Vergesellschaftung hat sich verändert und ist erweitert worden, durch die Bezüge auf die Kämpfe um bezahlbaren städtischen Wohnraum und auf Energiekämpfe. Es geht nicht mehr nur um die Demokratisierung innerbetrieblicher Strukturen der Energiekonzerne, sondern auch um eine Demokratisierung und Mitgestaltung der Energiepolitiken. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist dennoch wichtiges Element für eine solidarische Gesellschaft. Im Fall der Energiekonzerne gibt es bisher kein Instrument, das sie zwingt Umweltschäden durch ihre Unternehmenspolitik zu minimieren. Es ist ebensowenig vorgesehen die Menge der produzierten Energie zu regulieren und als Folge eventuell auch Produktionsanlagen zu reduzieren. Es werden Überschüsse produziert und exportiert. Eine Schonung von Ressourcen ist nicht vorgesehen. Es ist auch nicht sichergestellt, dass jeder Haushalt verlässlich mit Strom versorgt wird. Wer nicht zahlen kann, hat Pech. Es gibt keine Berücksichtigung potentieller externer Folgen betrieblicher Produktion, Preis- und Unternehmenspolitik. Dieser Umstand steht nicht im Konflikt mit staatlicher Politik, sondern wird von dieser flankiert.

Der Wunsch vieler Menschen mit anderen zusammen selbst zu bestimmen, wie sie arbeiten, wann und zu welchen Bedingungen – ist unter den aktuellen Bedingungen kaum relevant. In erster Linie geht es darum einen Lohn zu ergattern und für das jetzige Wirtschaftsgefüge nicht völlig überflüssig zu sein. Hesel bringt die gewünschte Änderung abstrakt zum Ausdruck. Er bezeichnet sie als »Verstetigung von wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung«.

Verstetigung. Bei der Beschäftigung oder Arbeit bedarf es aber einer qualitativen Änderung. Die abhängige Beschäftigung, wie wir sie kennen beinhaltet grundsätzlich keine Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Es steht dem Arbeitnehmer frei, ob er mit den Auswirkungen die sein gewählter Beruf mit sich bringt leben kann oder nicht. Es gibt keine gesellschaftliche Instanz, die bewertet, ob die getane Arbeit sinnvoll ist oder nicht. Der Arbeitnehmer kann sich individuell diese Frage stellen. Das Lohnarbeitsverhältnis ist von gesellschaftlicher Verantwortung entkoppelt. Und es gewährt nicht allen Menschen Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe. Hatz IV zu bekommen in Deutschland oder gar nichts in anderen Ländern, bedeutet so viel, wie du bist überflüssig. Für unsere Gesellschaft brauchen wir dich nicht. Wirtschaft zu betreiben für die Bedürfnisse der Menschen, bedeutet auch allen die Möglichkeit zu geben aktiv an der Produktion zur Befriedigung

dieser Bedürfnisse Teilhaben aktiv zu beteiligen.

EINEN SCHRITT WEITER

Die zarten Anfänge solcher Vergesellschaftungsbemühungen stoßen auf Widerstand, wie der Berliner Energietisch erfahren musste. Die SPD rief im Vorfeld dazu auf, nicht für den Energietisch zu stimmen, wegen zu geringer parlamentarischer Kontrolle und unvorhersehbaren finanziellen Risiken. Der Vorschlag des Energietisches war, dass der Verwaltungsrat sich aus sechs direkt gewählten Mitgliedern, sieben Beschäftigtenvertreterinnen und zwei SenatorInnen zusammensetzen sollte, er beinhaltete auch die Forderung nach Sozialtarifen. Ähnliches vollzieht sich gerade bei der Gesetzesnovellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Eine weitere Dezentralisierung durch Energiegenossenschaften könnte zukünftig deutlich zurück gehen durch die zu zahlende EEG-Umlage. Preveligiert wird Großindustrie, sie sind von der EEG-Umlage befreit. Der Anreiz zur Gründung weiterer Energiegenossenschaften hält sich in Grenzen, wenn wieder ausschließlich Großanlagen, wie Offshore Windenergieanlagen begünstigt werden, wie Burghard Flieger in der CONTRASTE -April Ausgabe berichtet. Die Energiegenossenschaften fordern ein »Recht auf Selbstversorgung«. Auch hier findet aktuell eine Auseinandersetzung um Formen der Vergesellschaftung statt. Etwa 900 Energiegenossenschaften hatten sich im Zuge des EEG gegründet und damit tatsächlich in größerem Umfang Öko-Strom dezentral produziert und so Kräfteverhältnisse in der Energiewirtschaft verschoben. Mit der Gesetzesnovellierung lenken die etablierten Parteien CDU und SPD die Welt der Energiewirtschaft wieder in konventionelle Bahnen zugunsten der großen (Energie)Konzerne.

Wirtschaftliche Projekte, die Vergesellschaftungstendenzen haben, werden, wie an den Energiegenossenschaften zu sehen ist, nicht nur aus der Not heraus geboren. Oder den vielfältigen Wohnprojekten und Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum. Andere Projekte, mit nicht geringeren Ansprüchen, entstehen aus der buchstäblichen Not heraus, beispielsweise die auf Seite 3 dieser Ausgabe vorgestellten selbstverwalteten Projekte in Griechenland. Doch auch sie ringen vielfältig mit den staatlichen Institutionen und Anforderungen des Marktes. Die Produktion für die Bedürfnisse der Menschen und nicht gegen ihre Bedürfnisse könnte in einer vergesellschafteten Welt umgesetzt werden. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, gepflastert mit vielen Stolpersteinen. ●

ANZEIGEN

alle
oder
niemand!

Buko.36 vom 29.05 – 1.06.2014 in Leipzig;
Ort: Hochschule in der Wächterstr. 11 – 13

Soziale Bewegungen verändern permanent die scheinbar klar abgesteckten Räume der Gesellschaft. Die starken Proteste gegen die kapitalistische Stadt und die Bewegungsfreiheit sind dabei zwei Beispiele, die heute sehr präsent in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Gleichzeitig fällt es auch hier schwer über die Szene hinaus zu mobilisieren und nachhaltige Veränderungen anzustoßen. Neue Vorschläge, die über kleine kosmetische Veränderungen hinaus gehen und einen grundlegenden Gesellschaftswandel einfordern, sind kaum präsent. Auf dem 36. BUKO Kongress in Leipzig werden kritische Analysen und die notwendigen Kämpfe im Fokus stehen. Wir wollen nach Auswegen aus dem Bestehenden fragen. Die alleinige Erkenntnis der Existenz kapitalistischer Unterwerfung wird uns kein Argument gegen eine emanzipatorische Zukunft sein.

Veranstalter_innen:

Der Kongress wird veranstaltet von der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO). Der BUKO 36 wird kollektiv organisiert von einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe und einem lokalen Netzwerk.

Informationen zum Programm ☞ www.buko.info/buko-kongress/buko-36

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 3-4/14 u.a.:

- »ver.di? Brauchen wir nicht...« – Interview mit Katharina Wesenick zur Amazon-Auseinandersetzung
- Nikolai Huke und Felix Syrovatka: »Kein Comeback in Sicht« – zu Hans-Jürgen Urbans Einschätzung der deutschen Gewerkschaften in der Eurokrise
- Stefan Schoppengerd: »Sorge(n) um die Sorgearbeit« – über Vorbereitungen zur »Care Revolution«
- »Der Zweck eines Streiks ist finanzieller Schaden« – Interview mit Murat Günes zum Konflikt bei Neupack
- »Blockupy dezentral« – Aufruf zur europäischen Aktionswoche im Mai
- Erich Kassel: »Teamfähigkeit gelernt, Solidarität verlernt?« – über Mitbestimmungsstrategien bei ArcelorMittal Bremen
- Viktor Ettle: »Traumkleider und Traumata – Rana Plaza: ein Jahr danach«

Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. VL).

"Alles was zählt..."
Nicht nur an Weihnachten



SPENDET
für inhaftierte Genossinnen
und Genossen!

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39 BIC: NOLADE21G0E
Kontonummer: 56036239 BLZ: 260 500 01 Sparkasse Göttingen
Verwendungszweck: Weihnachtshilfe

SOLIDARITÄT
www.rote-hilfe.de

VERGESELLSCHAFTUNG ALS PERSPEKTIVE FÜR KÄMPFE UM WOHNRAUM

Jenseits des Mietspiegels

»Die Eigentumsfrage stellen« - mit dieser Aufforderung endete in den letzten Jahren so mancher Artikel zu Abwehrkämpfen aller Art. Doch wie und warum stellt man die Eigentumsfrage? Das Fragen ist Indiz für die Ohnmacht, mit der linke Politik trotz vieler Mobilisierungserfolge der Trägheit des Bestehenden gegenübersteht. Auch nach fünf Jahren Finanzkrise scheinen die Verhältnisse festgefahren, viele Menschen sind ebenso unzufrieden wie hilflos.

VON DER STADT-AG AVANTI BERLIN, BERLIN ● Abwehrkämpfe gibt es, doch antikapitalistische Ansätze oder gar Utopien stoßen auf Desinteresse. Doch Utopien sind notwendig. Ging es in den trüben 1990er Jahren darum, politische Gestaltung gegen das Gerede vom »Ende der Geschichte« zu verteidigen, ist die Linke mit der anhaltenden Krise des Neoliberalismus längst in der Verantwortung, konkrete Ziele zu benennen.

Dazu eignet sich kaum eine Debatte so gut wie das Thema Wohnen. Während anderswo die Immobilienblasen längst geplatzt sind, strömt in Deutschland das Kapital weiterhin zum »Betongold«. Doch diese Investitionen in Wohnraum bringen für die Mehrheit keine Verbesserung der Lebensqualität, sondern Kostensteigerung und Vertreibung.

Aus verschiedenen Ecken der radikalen Linken ist hier die Forderung »Wohnraum Vergesellschaften« laut geworden (Vgl. die Broschüre Vergesellschaftung der Interventionistischen Linken, www.dazwischengehen.org) - doch wie soll das konkret aussehen? Anhand von Beispielen auf lokaler und kommunaler Ebene wollen wir Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Organisation von Wohnraum betrachten.

HAUSPROJEKTE UND DAS MIETSHÄUSER-SYNDIKAT

Lokale Hausprojekte sind der Beweis, dass Wohnraum sinnvoll und kollektiv organisiert werden kann. In den meisten linken Hausprojekten werden Entscheidungen von allen BewohnerInnen gemeinsam getroffen, die Mieten sind langfristig bezahlbar, da keine Rendite erwirtschaftet werden muss. Zum Teil werden Räumlichkeiten an Initiativen vergeben und damit politische Projekte ermöglicht, die keine Marktmieten zahlen können.

Noch spannender wird es, wenn Projekte kooperieren. Im Mietshäuser-Syndikat, in dem zurzeit 74 Hausprojekte aus ganz Deutschland überregional zusammengeschlossen sind, wird Geld von bestehenden und weitestgehend entschuldeten Häusern zu neuen Projekten transferiert - es entsteht eine langfristige Finanzreserve. Wenn es gut läuft, entstehen in diesen Projekten tragbare Beziehungen zwischen den BewohnerInnen; Vereinzelung kann überwunden werden.

Wären so organisierte Projekte in der Lage, ganze Straßenzüge oder Stadtteile zu »übernehmen«, könnte die Kapitalverwertung zumindest in diesem Sektor eingegrenzt werden. Doch hier liegt gleichzeitig das Problem: Viele bestehende Projekte sind besonders zu Beginn auf privates Kapital und Bankkredite angewiesen. Darüber hinaus haben sie oft wenig oder keinen Einfluss auf ihre Umgebung. Gerade bei älteren Projekten weicht zudem der anfängliche Enthusiasmus mitunter einer schleichenden Entpolitisierung.

Eine weitere Problematik der Projekte: Sie neigen, zumindest in der Entstehung, zur Homogenität der BewohnerInnen. Außen vor bleiben viele, die nicht Willens oder in der Lage sind, den anspruchsvollen Prozess eines Hausprojekts, die »Mühen der Selbstverwaltung« auf sich zu nehmen. Hier braucht es eine Weiterentwicklung mit neuen Modellen, die Partizipation, auch aus dem Stadtteil heraus, und Kapitalneutralisierung garantieren, aber mehr sind als die bisherigen Ansätze. Um über das Bestehende hinaus zu weisen, müssen lokale Projekte mit überregionalen Politikformen verbunden werden.

VOM ROTEN WIEN IN DEN BERLINER SUMPF

Ein solches überregionales Konzept ist der soziale Wohnungsbau. Er hat in der außerparlamentarischen Linken jedoch kaum Fürsprecher. Die große Welle der Hausbesetzungen im Westberlin Anfang der 1980er Jahre richtete sich gerade gegen einen sozialen Wohnungsbau, der für Flächensanierung und Stadtzerstörung stand und darüber hinaus tief verwurzelt war in einer mafiösen Struktur aus lokaler Politik, Bauwirtschaft und Anlegern.

Die Auswirkungen dieser katastrophalen Verbindung



Foto: Avanti-Projekt undogmatische Linke

von sozialdemokratischer Wohnungspolitik mit den Interessen von Anlegern und Unternehmen sind noch heute zu spüren. Die aktuellen Proteste der Initiative Kotti & Co in Sozialbauten am Kottbusser Tor in Berlin richten sich gegen explodierende Kosten infolge von Privatisierung gerade in dem Segment der Wohnungswirtschaft, in dem Geringverdienende und MigrantInnen wohnen.

Zum anderen hatte der sozialdemokratisch geprägte Wohnungsbau, seien es die Gartenstädte des Genossenschaftswohnungsbaus oder Projekte wie das Hansa-Viertel in Berlin, seinen Anteil daran, aus ArbeiterInnen konsumierende Angestellte zu machen. Das Ideal war die Kleinfamilie mit geregelter Einkommen, die Wohnung architektonische Ergänzung des fordistischen Fabriksystems. Der deutsche soziale Wohnungsbau wollte also nicht Segmente der Wohnungswirtschaft aus einer Profitlogik herauszunehmen. Er diente meist dazu, Privatinvestitionen staatlich zu unterstützen - was aber in Zeiten des keynsianistischen Wohlfahrtsstaats durchaus preiswerte Wohnungen brachte.

Zudem führte die Kritik am sozialen Wohnungsbau nicht in eine progressive Überwindung, sondern trug dazu bei, die Privatisierung zu legitimieren. In den Protesten dagegen zeigte sich wiederum, dass es trotz aller Kritik eine solidarische Aneignung der Sozialbauten durch die BewohnerInnen gab. Gerade in Wohnkomplexen, die pauschal als »Bausünde« wahrgenommen wurden, entwickelten sich funktionierende Nachbarschaften, die auch zum Träger sozialer Proteste wurden - wie noch einmal das Beispiel Kotti & Co zeigt.

Eine etwas andere Geschichte hat der soziale Wohnungsbau in Österreich. Er kommt aus Zeiten einer absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie, dessen bekanntester Ausdruck das »Rote Wien« der 1920er Jahre ist. Noch heute wohnt dort mehr als jede zweite EinwohnerIn im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Auch wenn es zum »Gemeindebau« vergleichbare Kritik wie die oben zitierte gibt, ermöglicht der bis heute starke staatliche Sektor Gegensteuern in der Mietentwicklung.

Finanziert wurde der Wiener Gemeindebau ursprünglich vor allem durch Wohnraumsteuer auf Luxuswohnungen und niedrige Zinsen. Er war bei seiner Einführung nicht nur Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch passförmig für einen Entwicklungspfad, in dem das Industriekapital deutlich das Finanzkapital dominierte und Interesse an niedrigen Mieten hatte, denn diese bedeuteten weniger Lohnkosten.

Dennoch: Heute wird in Österreich ein geringerer Anteil des Bruttosozialprodukts für die Wohnraumversorgung ausgegeben als in Deutschland, gleichzeitig gibt es größere Effektivität und geringere Mitnahmeeffekte der Immobilienwirtschaft. Gründe sind der Fokus auf Objektförderung und eine große städtische Liegenschaftsreserve

statt Subjektförderung z.B. durch Wohngeld.

Unter dem Strich war sozialer Wohnungsbau also meist kein Gegenmodell zum Kapitalismus, sondern als produktive Staatsinvestition Teil fordistischer Entwicklungsstrategien. Aber trotzdem hat er die Spielräume einer gesellschaftlichen Gestaltung für die Subalternen vergrößert und das im Frühkapitalismus übliche Wohnungselend deutlich abgemildert. Heute, wo Wohnungsnot und Verdrängung wieder ein Thema geworden ist, gewinnt die Forderung eines staatlichen Wohnungsbaus an Bedeutung, vor allem in den Kämpfen um Rekommunalisierung. Die Idee der Vergesellschaftung kann hier anschließen, als radikale Kritik sowohl an Privatsektor und fordistischem Wohnungsbau.

DIE GRENZEN BISHERIGER MODELLE

Öffentliches und kollektives Eigentum an Wohnraum sind keine abstrakten Forderungen, sondern konkrete Modelle, mit denen linke Bewegungen versucht haben, ein Recht auf Wohnraum sicherzustellen. Zentral bei der Betrachtung über Erfolge und Scheitern sind insbesondere drei Fragen. Die nach der Reichweite, der Selbstverwaltung und der politischen Aktivierung der BewohnerInnen.

Sowohl Hausprojekte als auch Genossenschaften waren sehr erfolgreich darin, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen - allerdings stets nur für ein begrenztes Kollektiv an Mitgliedern. Eingebettet in breitere kommunale Strategien kann es jedoch gelingen, den Aufbau eines nicht-privaten Wohneigentums voranzutreiben, wie die historische Genossenschaftsbewegung gezeigt hat. Die Schaffung eines öffentlichen Wohnungsbestandes milderte den Druck des privaten Immobiliensektors - durchbrach jedoch nicht dessen Logik, sondern stabilisierte durch Investitionsförderung die bestehenden Eigentumsverhältnisse.

Immer wieder war deshalb zu beobachten, wie privatkapitalistische Mechanismen auf die Gegenmodelle überschwappten. Bewusster Zerstörung und Privatisierung ging dabei oft ein Prozess von Entpolitisierung, innerer Korruption und Anpassung an private Akteure voraus. Für solche Korruption ist insbesondere der Berliner Baufilz berüchtigt, doch die Anpassung machte auch vor Genossenschaften und Hausprojekten nicht halt. Schon 1896 formulierte der Soziologe Franz Oppenheimer sein »Transformationsgesetz« und sagte voraus, dass im kapitalistischen Umfeld Genossenschaften stets nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit hätten und sich »am Markt« langfristig wie private Unternehmen verhalten müssten.

Das Problem ist also der Markt und zugleich der Staat. Vergesellschaftung ist eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die mit der warenförmigen Organisation von Wohnen und Bauen bricht: Wohnungen

sollen nicht mehr am Markt gehandelt werden. Nicht nur einige, sondern alle größeren Wohnungsbestände müssen dauerhaft in öffentliche und demokratisch kontrollierbare Eigentumsformen überführt werden. Nur so kann verhindert werden, dass in Krisenzeiten wieder privatisiert oder nach Renditeerwägungen verwaltet wird.

Wohnraum, der nicht als Eigenheim von den BewohnerInnen genutzt wird, muss schlicht enteignet werden. Auch dies keine Utopie - großflächig enteignet wurde etwa im Staatssozialismus der DDR und Osteuropas. Doch hier wie auch im sozialen Wohnungsbau fehlten genau jene Mitbestimmungsebenen, die kleinere Projekte innerhalb des Kapitalismus auszeichneten. Ein Plattenbausozialismus, in dem Wohnungspolitik über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geplant wird, ist alles andere als die Verwirklichung des »Recht auf Stadt«.

Der Zentralstaat kann nicht alleiniger Akteur von Wohnungspolitik sein, selbst wenn er real oder dem Namen nach von sozialistischen Kräften dominiert wird. Die abstrakte Forderung nach Vergesellschaftung von Wohnraum braucht Konkretisierung in kleineren Einheiten, von der Genossenschaft bis zum Hausprojekt, aber auch ein politisches kollektives Handeln der BewohnerInnen. Ziel wäre eine Verbindung aus überschaubaren demokratischen Kollektiven und einer gesamtgesellschaftlichen Planung auf kommunaler und staatlicher Ebene.

Die Widerstände dabei dürfen nicht kleingeredet werden. Die Warenform zu durchbrechen bedeutet einen Klassenkampf gegen mächtige Interessen und einen Kampf mit der eigenen Courage: Allzu nahe liegt es, durch Teilforderungen oder abstrakte Formeln von »öffentlichem Eigentum«, die Brötchen kleiner zu backen.

Forderungen wie Privatisierungsstopp, Mietobergrenzen, nach sozialem Wohnungsbau, Rekommunalisierung und Abkehr vom neoliberalen Dogma der Markthörigkeit sind als Übergangsforderungen wichtig. Doch nur mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist es möglich, über Abwehrkämpfe hinauszukommen. Mietobergrenzen sind Selbstverteidigung - die Forderung nach Vergesellschaftung ist der Gegenangriff. Als antikapitalistische Linke ist es unsere Aufgabe, diese Perspektive in Kiezinitiativen, Mieterproteste und die »Recht auf Stadt«-Bewegung hineinzutragen. ●

Avanti - Projekt undogmatische Linke ist Teil der Interventionistischen Linken (IL). Zusammen mit Contraste - Monatszeitung für Selbstorganisation organisiert Avanti einen Workshop auf dem diesjährigen BUKO 36, der vom 29.05 - 01.06. 2014 in Leipzig stattfindet.

(Nachdruck aus: ak - analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 586 / 17.9.2013)

INTERVIEW MIT FRIGGA HAUG ZUR VIER-IN-EINEM-PERSPEKTIVE

66 99

Wir brauchen eine Kultur der kollektiven Veränderung

Die Fragen für CONTRASTE stellte Antonia Schui/Redaktion Berlin per Skype. Frigga Haug lebt derzeit auf La Palma. Sie schlug diese Kommunikationsform vor.

Sie haben die Vier-in-einem-Perspektive entwickelt, die von feministischen Ansätzen ausgehend eine grundlegende soziale und politische Umgestaltung anstrebt. Können Sie diese Vision, die Sie der Gesellschaft als Kompass vorschlagen, bitte beschreiben?

Frigga Haug:

Über viele Jahre hinweg haben wir häusliche und außerhäusliche Arbeit bezogen auf die Unterdrückung von Frauen diskutiert.

Es ist jedoch unsinnig zu glauben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei der zentrale Punkt. Die grundlegende Frage lautet vielmehr: Womit verbringen wir unsere Zeit?

Wir sind etwa sechzehn Stunden am Tag tätige Menschen. Mehr als vier Stunden Erwerbsarbeit können wir uns nicht leisten, wenn wir alle vier Dimensionen des Lebens, Erwerbsarbeit, fürsorgende Arbeit, politische Arbeit und Arbeit für die eigene Entwicklung, gleichwertig nebeneinander stehen lassen wollen.

Acht Stunden Erwerbsarbeit pro Tag bedeuten, dass der häusliche Bereich verwahrlost und Kinder, alte, kranke und behinderte Menschen vernachlässigt werden, zudem bleibt keine Zeit für Freunde und Geliebte und für die Freundlichkeit in der Welt.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt es keine Zeit für individuelle Entwicklungen, Lernen, Kunst, lustvolle Betätigungen, etwas ganz Verrücktes tun, Seiltanzen und Muße. Ich für mich würde auch immer Schreiben und Märchen erzählen als Möglichkeiten, sich selbst zu entwickeln, nennen.

Auch fehlt gegenwärtig noch Zeit, um sich einzumischen, und die Gesellschaft aktiv zu gestalten. Was vergessen wird, ist das Leben selbst.

Wenn ich jetzt diese vier Bereiche gleichwertig nebeneinander stelle und so unverschämt bin, alle Arbeit zu nennen, so ergibt sich eine neue Perspektive: Mit der vierstündigen Erwerbsarbeit, fürsorgender, freundlicher Arbeit, politisch gestaltender Arbeit und der, die den Menschen selbst als Zweck setzt, steht mir alles zur Verfügung, was ich zum guten Leben brauche.

Mit Rosa Luxemburg bin ich der Meinung, dass alle Bereiche verknüpft sein müssen, wenn nur einer verfolgt wird, wird er auf lange Sicht reaktionär.

So ärgert es mich enorm, wenn eine Arbeitszeitverkürzungskampagne gestartet wird, die sich nur auf Menschen mit Vollzeitstelle bezieht und damit die vielen anderen, die in Teilzeit, Minijobs, Werkverträgen, Zeitarbeit oder gar arbeitslos sind, ausklammert.

Die Vier-in-einem-Perspektive ist ein Politikentwurf, der mitten im Patriarchat, im Kapitalismus, mit Reformhandeln ansetzt. Er strebt eine Utopie an, die umgesetzt eine solidarische Gesellschaft bedeutet, den Kapitalismus also überschreitet. Frauen können in ihr als aufrechte Menschen leben.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist Vergesellschaftung, verstanden als ein Prozess der gerechteren Verteilung, der von unterschiedlichen Gruppen wie GentrifizierungsgegnerInnen oder HausbesetzerInnen verfolgt wird. Wie setzen Sie die Vier-in-einem-Perspektive hierzu in Beziehung?

Es ist ja sehr deutlich, dass dieses Modell eine anderes Zeitregime vorschlägt und auf einer anderen Vorstellung von Gerechtigkeit und von Menschenwürde aufbaut.

Allen soll es möglich sein, Zugang zu sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen zu erhalten, sich zu beteiligen. Gerechtigkeit kann es unter unseren Bedingungen nicht geben. Daher müssen wir sie erst selbst herstellen. Ich strebe eine Demokratie von unten an. Freundlichkeit in der Welt, Liebe und Fürsorge lassen sich nicht von oben herstellen.

Nur wenn wir selbst unser Leben verändern, wird es auf nachhaltige Weise sein.

Das erinnert mich an Ihre Veröffentlichung »Arbeiten wie noch nie« in der es um kollektive Handlungsfähigkeit geht.

Die Entwürfe hierin sind unverschämter als die von Ihnen zu Vergesellschaftung genannten Initiativen, weil sie nicht nur den Flicker wollen, sondern den ganzen Rock. Ich habe mich intensiv mit der Geschichte der Frauenunterdrückung befasst. Wie kann es sein, dass sich über solch eine lange Zeit nur wenig verändert hat, trotz aller Kämpfe?

Man hat zu lang versucht, nur an Einzelpunkten Politik zu machen – wie gleicher Lohn oder für oder gegen Mutterschutz, Abtreibung usw. Es gibt jedoch einen Herrschaftsknoten, in dem zusammengeknotet ist, dass sich alles immer wieder reproduziert. Der Knoten wird fester, wenn man nur an einem Ende zieht.

Dazu passt die Diskussion um die Quote für Frauen in den Spitzenpositionen. Der Kampf für die Quote ist okay. Man kann aber nicht erwarten, dass sie wirklich was verändert. Alles zwischen Männern und Frauen einfach nur gleich zu verteilen, die Gesellschaft aber zu lassen, wie sie ist, ist wie einen Fensterplatz erster Klasse für die Frauen auf der untergehenden Titanic zu erobern.

Es gibt die Kampagne für ein Bedingungsloses Grundeinkommen, ihre VertreterInnen befürworten die Vier-in-einem-Perspektive. Es gibt Anknüpfungspunkte. Dennoch: Durch solch ein größeres Almosen ändert sich zu wenig, es ist wieder nur ein Ende des Knotens. Das Streben nach einem Einkommen mit dem man zumindest überleben kann, ist zu bescheiden.

Kollektive Veränderung wird nur möglich, wenn wir an allen Punkten gleichzeitig ansetzen.

BefürworterInnen des Bedingungslosen Grundeinkommens sehen es als Basis, um die Gesellschaft zu verändern und politisch tätig zu werden.

Ich kenne diese Argumente. Warum jedoch sollten wir uns damit entwickeln können und plötzlich anfangen, Cello zu spielen oder zu dichten wie Goethe? Es braucht den Anstoß zur umfassenden Veränderung. Wir benötigen die sozialen Garantien des Lebens, das sage ich mit Rosa Luxemburg. Solange es in unserer Gesellschaft jedoch Lohnarbeit gibt, muss Erwerbsarbeit Menschenrecht sein, weil sie den Eintritt in die Gesellschaft bedeutet, und weil ich auch der Auffassung bin, dass Teilhabe an der notwendigen Arbeit für alle gelten muss.

Ich bin hier in Spanien, die Hälfte der jungen Leute ist arbeitslos, diese Menschen sind nicht fröhlich und greifen zur Politik. Sie lungern an den Ecken herum und betrinken sich.

Zur fürsorglichen Arbeit möchte ich hier ergänzen: Das Kümmern um sich und um andere wird immer negativ diskutiert, als etwas Schlechtes, das den Frauen zugeschustert wurde. Sie haben sich nicht gewehrt, das haben sie nun davon...

Wie der Mensch sich zum Menschen verhält, ist jedoch die wichtigste Frage des Menschseins, dieser Bereich darf nicht abgewertet werden.

Mit der Vier-in-einem-Perspektive haben auch Männer die Möglichkeit, ihre sozialen Fähigkeiten zu entfalten. Auch das verstehen wir unter Gerechtigkeit.

Women of colour, kritisieren, dass sie in den Konzepten der weißen deutschen Frauenbewegung nicht mitgedacht werden. Wie sehen Sie das in Bezug auf die hier vorgestellten Ansätze?

Migrantinnen sind doch einbezogen in die Vier-in-einem-Perspektive, alle Menschen, die hier leben, sollen sie umsetzen können. Bei vier Stunden Erwerbsarbeit haben wir mehr Arbeitsplätze als Menschen. Und natürlich müssen für Migrantinnen alle Bereiche der Erwerbsarbeit gleichberechtigt zugänglich sein, nicht nur häusliche Tätigkeiten.

Ich arbeite viel mit migrantischen Menschen zusammen. Dass sie in dem Politikentwurf nicht extra benannt sind, wurde von ihnen nicht kritisiert.

Wie bezieht sich die Vier-in-einem-Perspektive auf globale Fragestellungen?

Es gibt neben der Wirtschafts- und Finanzkrise aktuell zwei große Krisenbereiche. Die Ausbeutung der Natur mit dem Ende der Ressourcen und der Klimakatastrophe und die Welthungerkrise im Süden. Wir müssen unbedingt umsteuern und unseren Umgang mit der Natur und den Ressourcen verändern. Eine Ökodiktatur ist keine Lösung - so gibt es nur die Möglichkeit einer radikalen Demokratie. Die Menschen müssen es selber wollen.

Veränderung kann gelingen, wenn ich etwas mit mit anderen gemeinsam entwickle, wenn unterschiedliche Menschen sie selbst in die Hand nehmen.

Das Zusammenleben der Jungen mit den Alten ist Teil der Vier-in-einem-Perspektive.

Zur fürsorgenden Arbeit gehören Mischprojekte, die von unterschiedlichen Altersgruppen getragen werden.

Es ist ermutigend zu sehen, mit wie viel Energie Leute rangehen, Gesellschaft neu zu gestalten, wenn sie selbst die Veränderer sind.

Dies gilt so auch für globale Fragen.

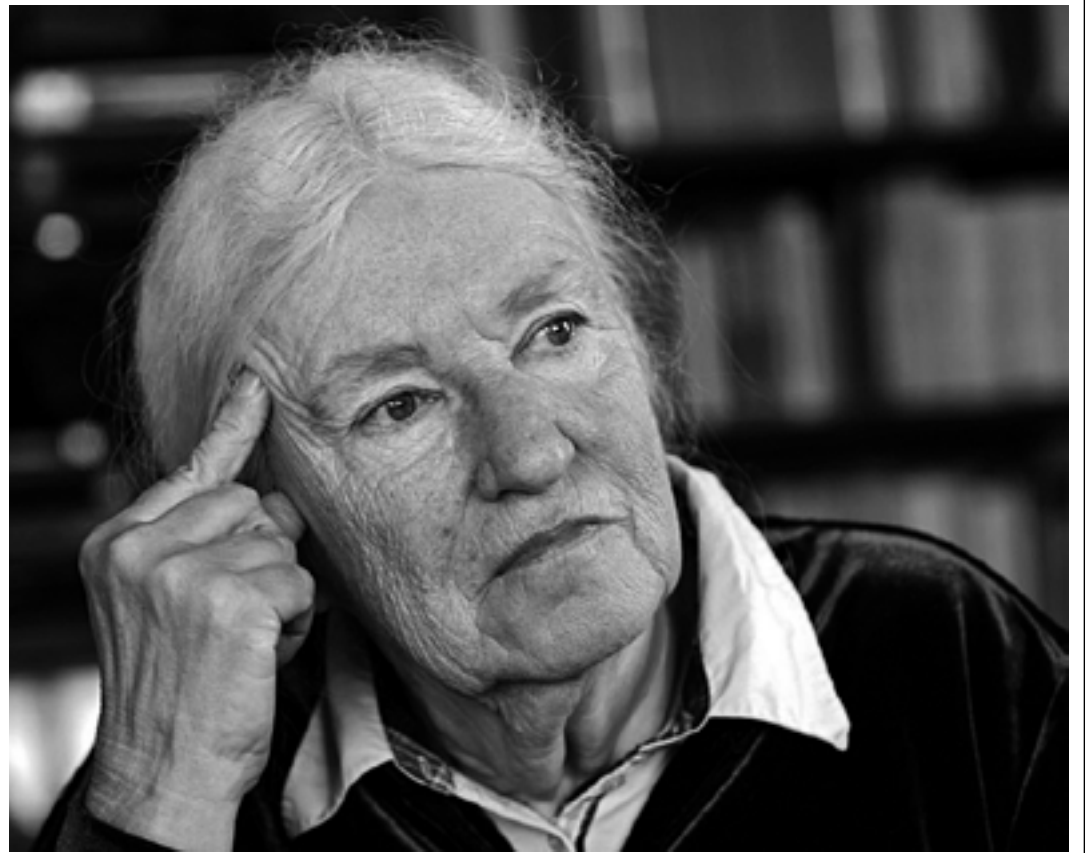


Foto: Privat

Von mir kenne ich, dass es nicht immer möglich ist, vorhandene Spielräume zu nutzen. Erlebte und verinnerlichte Unterdrückung, auch Gewalterfahrungen, begrenzen die Handlungsfähigkeiten, nicht nur die der Frauen. Was kann eine tun, um solche Hemmnisse zu überwinden?

Ich schlage Ihnen die Arbeit mit der Vier-in-einem-Perspektive vor.

Es gibt strukturelle Barrieren und die, die sich in den eigenen Gefühlen wiederfinden.

Marx folgend fallen Selbstveränderung und die Veränderung der Bedingungen zusammen. Man kann sich nicht selbst verändern und die Bedingungen gleichlassen und umgekehrt.

In einer Gruppe haben wir die Vier-in-einem-Perspektive als Alltag gedanklich durchgeführt und das aufgeschrieben.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die immer als Gipfel politischer Ziele diskutiert wird, war kein allzu großes Problem. Hierin hatten wir Erfahrung. Die Beziehung zum Freund und die politische Arbeit gleichzeitig unterzubringen, war jedoch sehr schwierig; die Frauen lösten das so, dass sie entweder den Freund aus dem Alltag löschten oder die Politik

Man kann daran sehen, dass eine jede nur für sich dachte, als könne man große gesellschaftliche Veränderungen individuell betreiben - alleine jedoch geht es nicht.

Es braucht eine Kultur der Veränderung, die Entwicklung muss als kollektive Veränderung begriffen und umgesetzt werden.

Sie waren während der Zeit des Nationalsozialismus Kind, 1945 waren Sie acht Jahre alt. Wie hat Sie diese Zeit geprägt, welche Auswirkungen hat sie auf Ihr Leben und Ihre Arbeit?

Ich hatte faschistische Eltern. Mein Vater war bei Stalingrad gefallen. Meine Mutter sagte mir, es sei gut, dass ich ihn nicht mehr kennengelernt habe. Er war beteiligt an der Ausrottung ganzer Dörfer. Meine Mutter war im nationalsozialistischen Studentenbund. Sie hatte Gedanken, deren Heimat im NS erkennbar war. Sie bedauerte z.B., dass ich, die ich so gut ausgebildet bin, nur ein Kind habe. Andere, Migrantinnen beispielsweise, bekämen zu viele Kinder. Ich erlebte sie als ein seltsames Wesen, sie kam gern zu meinen Vorträgen und schien mich als höherwertig zu sehen. All das hat mich natürlich beschwert, auch diese Annahme, dass es minderwertige Menschen gibt. Ich versuche zu prüfen wann, wie und wieweit mich diese Bilder bestimmt haben.

Ich habe immerzu versucht, Modelle einer besseren Gesellschaft in die Welt zu bringen. Ich habe jahrelang Überzeugungsarbeit gemacht und darin steckte auch der Gedanke, dass ich schon weiß, wo es lang geht, und es den anderen erklären muss, die dann folgen können. Vielleicht kann ich diesen Versuch, andere zu überzeugen mit dem Gedanken, dass es höher- und minderwertige Menschen gibt, zusammenbringen, wenngleich es sich in mir auch dagegen sträubt, denn schließlich war in unserer Überzeugungsarbeit immer die Idee von Gleichheit und Gerechtigkeit.

Als ich erkannte, dass wir so sind wie die »Anderen«, alle die gleichen Gefühle, Hass, Neid, Wut, all das

haben, also auch Kinder dieser Verhältnisse sind, war dies ein Schock und eine Erleichterung zugleich. Man muss nicht mehr überzeugen, weil alle nur sich selbst überzeugen können. So wie wir hier aufeinander treffen, können wir gemeinsam Ansätze zur Veränderung der Gesellschaft entwickeln.

Die Vier-in-einem-Perspektive begreife ich nur als Vorschlag, dass andere ihn annehmen, können wir nicht erzwingen.

Wenn es solch eine Gleichstellung gibt, ist eine dann überhaupt noch Lehrende?

Mit dieser Frage habe ich mich intensiv befasst. Erinnerungsbearbeitung beispielsweise versucht, die Beteiligten in die Reflexion der eigenen Geschichte zu verwickeln, und gemeinsam zu erarbeiten, was man hätte anders machen können.

In den Gruppen schreiben alle über sich und natürlich schreibe auch ich meine Erfahrungen auf. Die Arbeit ist sehr demokratisch, Autoritäten werden infrage gestellt. Und doch habe ich als langjährig Lehrende mehr Wissen, zum Beispiel über Theorien über Angst. Ich muss mehr wissen und gleichzeitig an der Abschaffung des Ungleichgewichts arbeiten.

Sie haben in Ihrer Arbeit Zeitökonomie und allgemeine Ökonomie verknüpft. Nun sind Sie über 70, hat sich mit der gelebten Zeit auch Ihre Sicht auf Ökonomie verändert?

Marx zufolge löst sich in der Zeitökonomie schließlich alle Ökonomie auf. Wieder stellt sich die Frage, wer über Zeit, über die Zeit der Frauen, verfügt. Wir müssen uns die Zeit erstreiten, für alle vier Bereiche.

Eine wunderbare Zusatzfrage ist auch, ob ich nun über mehr Zeit verfüge.

Vor der Rente noch war für mich ein Leben ohne die Lehre, ohne meine Arbeit mit den Studenten, kaum vorstellbar, ich dachte ich müsse mich dann umbringen. Aber ich bekam Krebs und ging sogar früher in die Rente. Aber ich vermisste mein vorheriges Leben nicht einen Tag, vielmehr wurde der Zeitmangel akut. Ich war sogleich sowas von überarbeitet, ich glaubte alle Anfragen nach Vorträgen und Konferenzen, Aufsätzen, Büchern, Schulungen mit ja beantworteten zu müssen, weil ich jetzt alle Zeit der Welt hätte.

Die Strenge, mit der ich mich zwingen, entsprechend der Vier-in-einem-Perspektive zu leben, hilft mir, manches auszuprobieren und anderes mit einzubeziehen. Ich kann mir erlauben, meine Katzen zu streicheln.

Wir haben gelernt, alles bis zur Erschöpfung zu machen. Man braucht jedoch eine Kultur des Lebens.

Nun will ich unser Gespräch beenden, mich um meine Katzen kümmern, eine meiner vier Katzen ist krank, sie benötigt ihr Medikament.

Im Modell der Vier-in-einem-Perspektive fällt das unter Fürsorge für die Wesen, die mit uns sind.

Ganz herzlichen Dank für die Zeit, die Sie sich für dieses Gespräch genommen haben, Frau Haug!

Ich freue mich sehr über die Anregungen für CONTRASTE und für mich persönlich.

WER VERTRITT WELCHE INTERESSEN UND WARUM?

66 99

Vergesellschaftung, Feminismus und illegalisierte Hausarbeiterinnen

Feministische Ökonomie kritisiert mangelnden Zugang zu ökonomischen Ressourcen, hat dabei aber zumeist nur weiße Frauen im Blick. Die Hausarbeit wird zugunsten der eigenen Karriere meist an Migrantinnen delegiert. Entsprechend wenig Berücksichtigung finden sie in den Theorien für solidarische Gesellschaften.

VON ANTONIA SCHUI/REDAKTION BERLIN ● Unter Vergesellschaftung verstehe ich einen, von unterschiedlichen Bewegungen gestalteten, Prozess, der auf eine gerechtere Verteilung von Ressourcen abzielt und diesen befördert. Dazu zählen auch Kämpfe gegen Gentrifizierung oder Hausbesetzungen. Politische Akteure wie die Interventionistische Linke schlagen ein Verständnis von Vergesellschaftung vor, das die Entscheidungsgewalt zentral setzt. Über sie zu verfügen, ist demnach notwendiger erster Schritt und Basis für weitere Veränderungen. Eine jede Person soll an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt sein, sodass kapitalistische Strukturen im Folgeprozess ausgehebelt werden. An ihrer Stelle können eigene Organisationsformen und über den Kapitalismus hinausweisende Strukturen entstehen. Als mögliches Handlungsfeld werden in diesem Kontext auch Kämpfe für die Enteignung und Vergesellschaftung von Energiekonzernen genannt.

Auch feministische Ökonomien zielen auf weitreichende gesellschaftliche Veränderungen ab. Sie reflektieren die wirtschaftlichen Benachteiligungen von Frauen. Die androzentrischen, patriarchalen, Herangehensweisen der Wirtschaftswissenschaften sollen überwunden und Frauen als Subjekt sichtbar werden. Basis ist die Infragestellung der vermeintlichen Objektivität von Wissenschaft, die hinter ihr stehende

patriarchale Interessen auszublenden versucht. Es gibt Anknüpfungspunkte zwischen dem Ansatz der Vergesellschaftung und den Ansatzpunkten der feministischen Ökonomien. Beide Modelle streben weitreichende ökonomische Veränderungen an. Ressourcen sollen gerechter verteilt werden. An wen jedoch richten sich die Ansätze, auf welchen Ausschlüssen basieren die Denkmodelle?

Diesen Fragestellungen folge ich zunächst in Hinblick auf Ansätze der feministischen Ökonomien, die Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs gefunden haben und diesen derzeit auch bestimmen. Anschließend stelle ich Alternativen zum Ausschluss, Ansätze der Selbstorganisation illegalisierter Hausarbeiterinnen, vor:

Zu den offenen Fragen:

Wer macht wen im Mainstream-Diskurs mit welchem Interesse sichtbar?

Geht es »uns« um einen höheren Frauenanteil in den Aufsichtsräten der führenden Unternehmen?

Wer sind »wir«?

Wer ist gemeint, wenn die Vereinbarkeit von beruflichem Erfolg, Familie und Haushalt diskutiert und als Erfolgsmodell für Frauen postuliert wird?

Wie sieht das Rollenmodell für diese Ansätze eigentlich aus? Welche Hautfarbe hat sie? Über welchen sozialen und ökonomischen Hintergrund und welche Zugänge zu wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ressourcen verfügt sie?

Schwarze und migrantische Feministinnen, people of colour, machen die Aktivist_innen eines in kolonialer Tradition stehenden Feminismus auf ihre Ausblendungen aufmerksam. Sie kritisieren, dass weiße Feministinnen ihre eigenen Mittelschichtsinter-

essen auf Kosten von women of colour verfolgen. Bei der vielbeschworenen Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehe es darum, wie weiße Frauen diese Lebensbereiche unter einen mittelschichtigen und heteronormativ geschneiderten Hut bringen können. Schwarze Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen dagegen fragen:

Wer macht die Hausarbeit und kümmert sich um alte und kranke Personen während frau sich mit Hilfe neu geschaffener Frauenquoten in Politik und Wirtschaft beruflich etabliert? Weiße Männer? Schwarze Theoretikerinnen und antirassistische Gruppen geben hierauf Antworten:

In einem Netzwerk wie Respect arbeiten illegalisierte migrantische und deutsche Aktivistinnen zusammen. Die Gruppe verweist schon lange auf die rassistischen und klassistischen Arbeitsaufteilungen und Hierarchien unter Frauen. Migrantinnen, oft illegalisierte Frauen, erledigen die Hausarbeiten und versorgen Kinder während weiße deutsche Akademikerinnen (und Akademiker) ihre berufliche Karriere verfolgen.

Die Arbeit der Hausarbeiterinnen ohne Papiere wird miserabel bezahlt und die HausarbeiterInnen stehen unter massivem Druck. Wenn Abschiebung droht, ist es für die »Arbeitgeberinnen« ein leichtes Spiel, die Frauen auszubeuten. Es gibt jedoch auch für illegalisierte Hausarbeiterinnen Möglichkeiten, sich miteinander zu solidarisieren und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Im Rahmen des Netzwerks Respect treffen sie sich einmal im Monat an einem nicht öffentlichen Ort, sie tauschen Informationen aus und geben sich Tipps, wie frau sich gegen Willkür zur Wehr setzen kann. So ist es beispielsweise sinnvoll, zu Gesprächen mit zukünftigen ArbeitgeberInnen eine Person mit guten Deutschkenntnissen mitzunehmen.

Auch sollte frau Vorstellungen entwickeln zu welchen Bedingungen sie arbeiten will, es macht Sinn diese auch klar zu vertreten. Von Respect angebotene Workshops verfolgen den Ansatz des Empowerment (Selbstermächtigung). Sie helfen illegalisierten Frauen, sich ihrer Rechte bewusst zu werden und sie kooperativ und selbstbestimmt zu vertreten.

Auch auf juristischer Ebene gibt es mehr Möglichkeiten als allgemein erwartet. So war es einer illegalisierten Hausarbeiterin in Hamburg möglich, vor Gericht zu ziehen. Es gelang ihr, sich gegen die seit langem schon ausstehende Auszahlung ihres Lohns zu wehren. Die Entscheidung des Gerichts zwang die Arbeitgeber, sie im Nachhinein noch für ihre Arbeit zu entlohnen.

Zur eingangs beschriebenen Theorie der Vergesellschaftung und möglichen Ausschlüssen:

Vieles deutet darauf hin, dass Vergesellschaftung ein weiteres Politikmodell ist, das ohne die Beteiligung von women of colour, people of colour generell, entstanden ist, und sie auch nicht mitdenkt. Illegalisierte Personen sind weitgehend rechtlos und von den vielschichtigen Problemlagen eines Lebens in der Illegalität, dem Bestreben zu überleben, in Anspruch genommen. Sie können sich nur wenig sichtbar machen, stets droht die Abschiebung. Wie soll es illegalisierten Menschen möglich sein, sich an grundlegenden gesellschaftlichen Entscheidungen, Volksbegehren, Hausbesetzungen, und langwierigen Aushandlungsprozessen, wie dem Kampf um Enteignung von Energiekonzernen zu beteiligen?

Mehr Informationen zur Selbstorganisation illegalisierter Hausarbeiterinnen ■ www.respectberlin.org

ÜBER 40 JAHRE HAUSBESETZUNG IN DEUTSCHLAND

Menschen kämpfen für ihr Recht auf Wohnraum Ohne Moos – was los

»Und wir schreien's laut: Ihr kriegt uns hier nicht raus! Das ist unser Haus, schmeißt doch endlich Schmidt und Press und Mosch aus Kreuzberg raus.«

(Westberliner-Band 1972: Ton Steine Scherben)

Ob als Ausdruck des Protests gegen spekulativen Leerstand oder zu hohe Mieten, Obdachlosigkeit, Wohnungsmangel, Wunsch nach kostenlosem Wohnraum oder Flucht aus der Realität die Gründe für Hausbesetzungen haben sich kaum verändert. Hingegen verändert hat sich der Umgang mit den HausbesetzerInnen. So gibt es mittlerweile vonseiten der HausbesitzerInnen Entgegenkommen in Form von Duldungs-, Miets- und Nutzverträgen. Nichtsdestoweniger ist das illegale Bewohnen von fremdem Eigentum in Hamburg und Berlin nach wie vor ein brisantes Thema und stellt den Versuch einiger dar, den dritten Weg, den Weg der Vergesellschaftung, einzuschlagen.

VON BIANCA ROHNER, HEIDELBERG ● Wenn man an Hausbesetzungen denkt, denkt man meist zuerst an Rebellion, Freiheit, Abenteuer. Aber auch an Machtkampf, Armut, Gesetzesbruch. Als Antwort auf die Flächensanierungspolitik in Hamburg und Berlin sorgte die Bewegung in den 1970ern zum einen dafür, dass die zunehmende Wohnungsknappheit populär wurde, zum anderen bot sie der linken Szene einen Schauplatz, um ihr Dissidententum auszuleben. Auch heute noch, gut 40 Jahre nach ihrer Entstehung, setzt die Bewegung, mit ihren der Norm abweichenden Sichtweisen, politische Zeichen. Die Ziele der BesetzerInnen sind dabei klar formuliert. So wollen sie erreichen, dass keine Gentrifikation mehr stattfindet, dass die ohne Rücksicht auf Verluste durchgeführten Zwangsräumungen gestoppt werden sowie dass radikale Mieterhöhungen vermieden werden. Wie diese Ziele erreicht werden sollen, steht ebenfalls fest. Erster Schritt ist hierbei, dass der vorhandene Wohnraum denjenigen zur Verfügung gestellt werden soll, die ihn gemäß

ihrer realen Bedürfnisse benötigen, unabhängig von Grundbucheinträgen und BesitzerInnenansprüchen. Bedürfnis vor Recht. Wohnungen sollen in erster Linie anstelle als Ware, als Allgemeingut gelten. Solange diese neue Wertsetzung auf das Objekt Wohnraum von kapitalistischen Machenschaften blockiert wird, ist eine grundlegende Veränderung in der Wohnungspolitik schwer durchsetzbar. Deshalb ist es wünschenswert, dass die Verfechter des Kapitalismus davon überzeugt werden können, dass die Idee einer Vergesellschaftung der Wohnungen, als ein Modell, welches bislang noch nicht konsequent von einer geschlossenen Bevölkerung umgesetzt wurde, und somit noch Grund für Hoffnung gibt, umgesetzt wird. Selbst wenn die Ausführung dieser vergesellschaftenden Maßnahme nicht den gewünschten Effekt hätte – nämlich Individuen den Wohnraum zur Verfügung zu stellen, den sie benötigen, um ein würdiges Leben führen zu können – so wäre es zumindest einen Versuch wert, nicht zuletzt deshalb um Spekulationen, ob dieses System funktionieren könnte,

aus der Welt zu schaffen. Zeit dafür wäre es allemal, zumal in den zwölf Grundsätzen der Stadterneuerung, welche als Programm der IBA (Internationale Bauausstellung) 1984 in Berlin-Kreuzberg festgelegt wurden, geschrieben steht, dass: »Planer [...] mit Bewohnern und Gewerbetreibenden in den Zielen der Erneuerungsmaßnahmen übereinstimmen, technische und soziale Planungen Hand in Hand gehen [sollen].« Die Hand der BewohnerInnen ist ausgestreckt. ●

»Und wir schreien's laut: Ihr kriegt uns hier nicht raus! Das ist unser Haus, schmeißt doch endlich Schmidt und Press und Mosch aus Kreuzberg raus.«

ANZEIGEN



graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
www.graswurzel.net

GWR Nr. 388, April: Schwerpunkt: Krim-Krise und Kriegsgefahr; Berichte aus Russland, der Ukraine, Frankreich, Argentinien, Venezuela, Israel, Türkei & Deutschland,... Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben). Infos: www.graswurzel.net/service/; Tel.: 0761/21609407; abo@graswurzel.net

Direkte Aktion

Reise zu den Neidgenossen

Schwerpunkt:
Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in der Schweiz

Anarchosyndikalistische Zeitung

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org

ANZEIGEN

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 258 - 22749 Hamburg
Telefon: 040-30904499 • Fax: -93
www.cafe-libertad.de • cafe-libertad@gmx.de

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

Z Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

KLEINANZEIGEN

Kommune Uthlede
Politische Kommune auf dem Land (20 Min. bis Bremen) sucht neue Mitkommunard_innen. Wir wollen mehr werden! Einige Arbeitsbereiche gibt's schon, einige sind noch im Aufbau - auf jeden Fall gibt's viel Raum für eure eigenen Ideen! Auch Kleingruppen sind willkommen. Infos unter 04296-748225 oder info@kommune-uthlede.org oder www.kommune-uthlede.org

Geschichte(n) bewahren - ein Generationen verbindendes Projekt Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass. arianedettloff@ina-koeln.org (02 21) 31 57 83 www.werkstatt-fuer-memoiren.de

Möchtet Ihr mehr wissen?
Vorträge, Workshops und Seminare zu **Themen rund um Solidarische Ökonomien:** Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragon im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien. Elisabeth Voß: post@elisabeth-voss.de 0049 - (0) 30 - 216 91 05 www.elisabeth-voss.de

Redaktionsbüro übernimmt Recherchen
Nennt uns Euer Thema oder Interessensgebiet! Wir stellen thematische Fernseh- und Radiosendungen für den Folgemonat zusammen. Wir werten Alternativpresse und linke Zeitungen aus. Einzelheiten unter 0551-55121 oder service@rf-online.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben.
Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Boheme an. Nähere Informationen auf Anfrage: maurice.schuhmann@yahoo.fr

ANZEIGEN

DER RABE RALF
Umweltfröhliches Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kriterien an vielen Auslagertypen wie Bibliotheken, Naturwägen und Umweltafeln oder für halbjährlich 10 € per Unterstüßungsabo ins Haus. Kostenlose Probekosten bei DER RABE RALF, Franziska Altes 230, 13405 Berlin, ☎ 030443391-47



KLEINANZEIGEN

Kosten:
• Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
• Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWST.
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats
Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Einsenden an:
CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation erscheint 1 mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20 69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF3333
Vereinsregisternummer: Amtsgericht Heidelberg, VR 1542
USt Steuer Nummer: 32081 / 05427
CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bernd.huettner@contraste.org / **30167 Hannover, Redaktion Hannover,** Ulrike Kümpe, E-Mail: ulrike.kuempe@contraste.org / Pia Kuehnemann, E-Mail: pia.kuehnemann@contraste.org / **34117 Kassel, Redaktion Kassel,** Sabine Conti, E-Mail: info@scontiprojektberatung.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / **39624 Badel, Redaktion Badel,** Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorf Str. 74, ☎ (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (071 44) 33 22 56, E-Mail: peterstreiff@netz-bund.de / **Österreich: A-8010 Graz,** Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **A-9020 Klagenfurt,** Hans

Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ 0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / **Frankreich: F-75018 Paris, Redaktion Paris,** Dr. phil. Maurice Schuhmann, 39bis, Rue Championnet ☎ 0033 - 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org
Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.
Fachredaktionen:
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / **Kritik der Geldlogik:** 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@umverdienst.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Giesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Solidarische Ökonomie:** Elisabeth Voß, Tel. (030) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, www.elisabeth-voss.de
V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kümpe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung. Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
Herstellung:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg; Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG, <http://netz.coop> webmaster@contraste.org Layout: layout@contraste.org, Adrien (Taz) Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG
Kontakt:
Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Buchbesprechungen: rezensionen@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Internet:
www.contraste.org
twitter:
https://twitter.com/contraste_org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
<http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste>

Querstellen statt querlesen

alk

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN
DIE MONATSSCHRIFT



Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika
Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter www.lateinamerika-nachrichten.de

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.
Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT
www.freibos.de

www.melodieundrhythmus.com

POPMUSIK & KLASSENKAMPF



Jetzt am Kiosk

Mit den Ergebnissen der Abstimmung
»Talkin' Bout a Revolution«
Die 10 wichtigsten Revolutionslieder

Mehr als fair: **FAIRBINDUNG**
Kaffee aus solidarischem Handel

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBinding e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040184
www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

TIERRA y LIBERTAD
Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und der Welt

20 Jahre Aufstand in Chiapas / Die "Kleine zapatistische Schule" / Stimmen aus Chiapas / Verschwindenlassen in Mexiko / Industrielle Schweinemast in Mexiko und anderswo / TAFTA: Globalisierung 2.0 / Menschenrechtsbeobachtung in Guatemala / Terror in Honduras / "Krise" und Solidarität in Spanien / mehr

Nummer 73 - Winter 2013/14 jetzt erhältlich:
tierra-y-libertad.de * abolandundfreiheit@riseup.net



